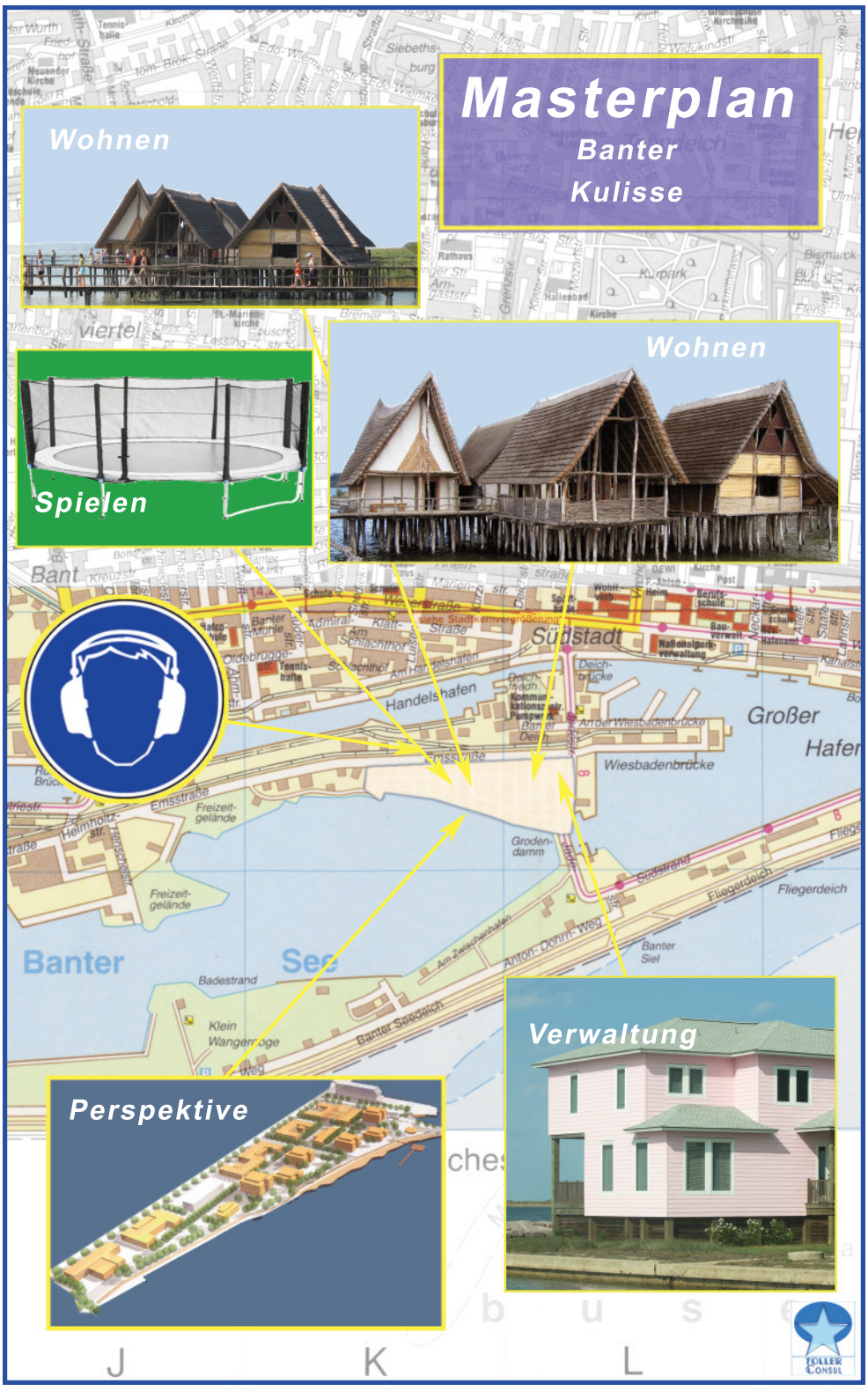
Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 256 | Wilhelmshaven | Februar 2011



Kulissen

Vor acht Jahren begann die Stadt Wilhelmshaven, die Reinigung städtischer Gebäude zu privatisieren. Was passiert, wenn man so richtig viel sparen will, steht auf Seite 3.

Fast den ganzen Januar trieben sich unsere MitarbeiterInnen auf Neujahrsempfängen rum. Auf Seite 4 berichten wir über den des DGB und auf Seite 12 über den Neujahrskonvent der Stadt Wilhelmshaven.

Der Banter See ist ständiges Thema im Gegenwind – sind's nicht die Blaualgen, sind's die ruhelosen Planungen unserer Verwaltung. Genaueres dazu auf Seite 5.

Die letzte Ratssitzung dauerte nicht einmal eine Stunde – wir liefern trotzdem auf Seite 6 einen inhaltsreichen Bericht.

Wenn wir nicht auf Neujahrsempfängen waren, konnte man uns im Theater finden. Auf Seite 8 berichten wir über die Aufführung von Peter Weiss' Oratorium "Die Ermittlung". Auf Seite 9 geht es weiter mit unseren Eindrücken von Gogols Revisor und einer Aufführung des Jugendclubs zum Thema Hartz IV.

Wir haben's satt – über 20.000 Menschen demonstrierten in Berlin für nachhaltige Landwirtschaft. Unseren Bericht finden Sie auf Seite 10.

Die Schifffahrt gehört zu den größten Schadstoffproduzenten. Warum es da immer noch nicht so richtig voran geht, steht auf Seite 11.

Unsere Plaudereien aus der Schule finden Sie auf Seite 13 und den Bericht über die Januar-Versammlung der Arbeitsloseninitiative auf Seite 14.

Um Wege zum selbstbestimmten Leben, geht es u.a. in unserem Bericht übers Epizentrum auf Seite 15.

Ebenfalls auf Seite 15 gibt es eine besondere Buchempfehlung.

Nachrichten und Termine finden Sie, wie immer, kreuz und quer im Heft verstreut.

gegenwind-whv.de

meldungen

ELCO ist dicht

Der Rückzug der Geschäftsleute aus Wilhelmshaven geht weiter – nun stehen auch die Räumlichkeiten von ELCO in der Parkstraße leer. Die Postergalerie ELCO besteht seit 1990 – in Wilhelmshaven öffnete Elco Rennebach zuerst in der Gökerstraße ein Ladengeschäft und ging dann 1998 in die Räume in der Parkstraße. Neben der zunehmend schlechter werdenden Situation in der Wilhelmshavener Innenstadt gibt es weitere Gründe, die den Abschied aus Wilhelmshaven ein wenig leichter machen, die aber, so Rennebach zum Gegenwind "nicht unbedingt in einer Zeitung breitgetreten werden müssen." ELCO wird weiter existieren – aber leider nur noch in Düsseldorf. *(hk – foto: iz)*

"Die holzen das ganze Gelände des ehemaligen KZs am Alten Banter Weg ab." – Ein Anruf, und ein Mitarbeiter des Gegenwind schwang sich mit einem Fotoapparat bewaffnet aufs Fahrrad. Bei der Gedenkstätte am Alten Banter Weg ist nichts zu sehen – doch ein Stück weiter sieht er die breite Schneise, die die Motorsägen und Bagger ins Gelände geschnitten haben. Ein Ehepaar, das in der Nähe einen Kleingarten hat: "Hier gab es Vögel, die kennt man heute gar nicht mehr. Hier gab es Füchse, Rehe, Hasen – einfach alles – und jetzt wird alles abgeholzt. Was soll das?" Achselzucken beim Gegenwind-Mitarbeiter. Noch einmal mit dem Fahrrad zur anderen Seite – und hier wird das Ausmaß der Abholzungen erst richtig deutlich. Gleich kommt wieder eine entrüstete Anwohnerin, die den ganzen Tag vergeblich versucht hat, jemanden vom Naturschutz zu erreichen. Anruf bei der Pressestelle der Stadt. Der städtische Pressesprecher Arnold Preuß will sich kümmern und zurückrufen. Ergebnis: Da räumt ein Privatmann nur sein Grundstück auf – ist alles genehmigt und mit den zuständigen Stellen abgeklärt. Da soll sonst nichts geschehen. Wir erfahren hinterher, dass die Firma Nordfrost Eigentümerin des Grundstücks ist und fragen uns, warum jemand ohne Grund ein in Jahrzehnten gewachsenes Kleinbiotop mit großem Gerät platt macht, die Bäume gleich vor Ort zerschreddert und eine Wüste hinterlässt. (hk)

Raider heißt jetzt Twix – sonst ändert sich nix

So lautete vor einigen Jahren ein Werbespruch für einen Schokoriegel. An ihn fühlt man sich erinnert angesichts der Umbenennung der "ARGE" (Arbeitsgemeinschaft) in GE (Gemeinsame Einrichtung). Der Verlust zweier Buchstaben ändert nix.

Das Bundesverfassungsgericht hatte ein Urteil gesprochen, demzufolge die ARGEn als gemeinsame Behörden aus Kommunen und Arbeitsagentur nicht der Verfassung entsprechen. Also hat man die Verfassung geändert. Und in den letzten Monaten des vergangenen Jahres wurden neue Verträge ausgearbeitet. Ob ARGE oder GE, es handelt sich um den Träger des Job-Centers, das immer noch so heißt. (noa)

Mogelei um Schiffstiefgänge?

Eine ganze Seite mit Vorspann auf Seite 1 spendierte die WZ am 02. Februar der MSC Livorno, die am 01.02. von Hamburg kommend Bremerhaven angelaufen hat. Bereits am 21.08.10 hatte die WZ über das Schwesterschiff MSC Irene berichtet. Vordergründig ging es dabei um die Größe dieser Schiffe, die mit rund 14.000 20-Fuß-Containern (TEU) beladen werden können und damit gleich hinter der E-Klasse von Maersk (die Bremerhaven im Wochenrhythmus anlaufen) zu den größten Containerschiffen der Welt zählen. Diese Schiffe laufen im Liniendienst regelmäßig die Terminals in Hamburg und Bremerhaven an. Ihre Ankunft wird von der Hafen- und Reederlobby immer wieder gerne dazu benutzt, auf die Dringlichkeit der Weser- bzw. Elbvertiefung hinzuweisen und die Drohkulisse der Abwanderung zu erneuern. Aber bei den Tiefgängen redet man lieber nicht von den tatsächlichen Tiefgängen, die solche Megacarrier beim Ein- und Auslaufen haben, sondern bescheidet sich mit der Angabe der Konstruktionstiefgänge. Diese Tiefgänge werden jedoch in der Praxis – selbst vollbeladen - so gut wie nie erreicht. Es ist also wenig hilfreich, wenn die WZ angibt, dass die MSC Livorno "voll beladen einen Tiefgang von über 15 Meter (hat)."

Zwar wird der tatsächliche Tiefgang wieder mal verschwiegen, doch immerhin ist dem Artikel zu entnehmen, dass die MSC Livorno mit 8.000 TEU beladen aus Bremerhaven ausgelaufen ist. Beim Einlaufen dürften es nicht viel mehr gewesen sein, weil Hamburg und Bremerhaven am Ende der 'Nordrange' liegen, wo das nur noch teilbeladene Schiff gleichzeitig ent- und beladen werden kann. Mit 8.000 TEU – also 57% Ladekapazität - an Bord, dürfte die MSC Livorno beim Auslaufen bei Weitem nicht den auf der Außenweser maximal zulässigen Tiefgang von 12,80 m bei normalem Niedrigwasser erreicht haben.

Vom Schiff, das bereits bei Lektüre des WZ-Artikels auf dem Wege nach Antwerpen in der Nähe der Lotsenstation 'Steenbank' nördlich der Scheldemündung vor Anker gegangen war, wurde jedoch über das "Automatic Identification System" (AIS) ein Tiefgang von 14,90 m angegeben. Ob Versehen oder bewusste Irreführung: Den Protagonisten der Flussvertiefungen wird es schon recht sein. (jm)

Gratulation an WATERKANT!

Die meerespolitische Zeitschrift WATERKANT ist zum Jahreswechsel 2010/2011 mit ihrer 100. Ausgabe erschienen. "Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion" lautet traditionell das Motto des Blattes, das 1986 von der seinerzeit in Bremen beheimateten Meeresschutzorganisation "Aktionskonferenz Nordsee" (AKN) gegründet worden war. Seit Anfang 2009 wird die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift von einem eigenständigen Förderkreis herausgegeben.

Seit ihrer Gründung wird die WATERKANT von Autorinnen und Autoren geschrieben und redigiert, die ohne Honorar arbeiten; auch Produktion und Vertrieb wären ohne unbezahlte Mithilfe vieler Unterstützerinnen und Unterstützer undenkbar. "Dabei wird es bleiben", verspricht Redakteur Burkhard Ilschner, "es geht uns um Erhalt und Ausbau eines Forums für alle, die sich für wirksamen Schutz der sensiblen Meeresumwelt sowie für soziale und ökologische Küstenentwicklung einsetzen".

Voraussetzung dafür war und ist eine breite wechselseitige Vernetzung mit anderen Initiativen und Medien, deren Themen und Beiträge die WATERKANT beleben und unverwechselbar machen: Die Kontakte, die sich in fast 25 Jahren geknüpft haben, reichen – um nur ganz wenige ausgewählte Beispiele zu nennen – vom Wattenrat Ost-Friesland über den Hamburger Förderkreis "Rettet die Elbe" oder den Verbund der Initiativen gegen die geplante Küstenautobahn A 22 / 20 bis etwa zur "Schutzstation Wattenmeer".

"Wir sehen leider, dass küsten- und meerespolitische Themen – deren Ursachen und Wirkungen ja immer auch weit ins Binnenland reichen – noch immer nicht die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit finden, die sie verdienen", erläutert Förderkreis-Vorstandsmitglied Volkmar Kayser: "Wir hoffen, mit der Weiterführung der WATERKANT einen aktiven Beitrag zu Netzwerken sowie zur Zusammenarbeit lokaler und regionaler Initiativen auch in schwierigen Zeiten leisten zu können, denn nur der gemeinsame Einsatz vieler wird politisch wahrgenommen". (red)

Kostenloses Probeheft und weitere Infos unter http://www.waterkant.info/

Gegenwind

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0322-23755199
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpper (verantw. Redakteur), Anette Nowak, Matthias Tiller, Wolle Willig, Imke Zwoch;

Druck: Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63
Der GEGENWIND erscheint unregelmäßig - mindestens 8 Ausgaben pro Jahr.
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 08.02.2011

www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Gar nicht putzig

Städtische Gebäudereinigung wird weiter zu Tode gespart

(iz) Vor acht Jahren begann die Stadt, die Reinigung städtischer Gebäude zu privatisieren. Durch weitere Sparfuchs-Ambitionen sind inzwischen nicht nur die Beschäftigten betroffen, sondern auch die hiesigen Firmen.

Bis 2003 war die Reinigung der öffentlichen Gebäude vollständig in öffentlicher Hand. Dann startete ein "Modellversuch" an vier Schulen (IGS, BBS Friedenstraße, Hafenschule, Schule Kathrinenfeld). Mit Beschluss des Rates vom 26.3.2003 ging die Reinigung für ein halbes Jahr an vier regionale Firmen. Man rechnete mit Kosteneinsparungen, die durch den Versuch belegt werden sollten. An Hand der Ergebnisse sollte der Rat dann über den zukünftigen Anteil der Fremdreinigung entscheiden. Mit dieser Vorgabe ließ sich schon erahnen, welches Ergebnis der "Versuch" haben würde.

Natürliche Fluktuation

Im November 2004 beschloss der Rat einstimmig, die Fremdreinigung an den vier Schulen, die an der Testphase teilgenommen hatten, fortzusetzen. Die Umstellung weiterer Gebäude von der Eigen- in die Fremdreinigung sollte "im Rahmen der natürlichen Fluktuation" fortgesetzt werden. "Wir beugen uns damit dem Zeitgeist, aber stolz sind wir nicht darauf", gab damals SPD-Sprecher Neumann zu. FDP-von Teichman meinte, die Arbeitsplätze und Einkommen blieben doch erhalten, nur eben privat und billiger als städtisch. Neumann klärte ihn auf, warum Firmen billiger arbeiten - "Die Mitarbeiter werden dort schlechter bezahlt, sie stehen am Ende der Verdienstkette."

Durch die "natürliche Fluktuation" sind jetzt nur noch 80 von ehemals 120 Mitarbeiterinnen im städtischen Reinigungsdienst beschäftigt. Laut Dieter Kanth, Vorsitzender des städtischen Personalrates, wird der Ratsbeschluss "nach Gusto ausgelegt": nicht nur durch "natürliche Fluktuation", auch durch Abfindungen und Versetzungen machte man die Bahn frei für private Reinigungsfirmen.

Beschwerden häufen sich

Im Mai letzten Jahres informierte der ver.di-Arbeitskreis "Putzteufel" den Rat mit einem Flugblatt über die Missstände im öffentlichen und privaten Reinigungswesen: harte Arbeit unter enormem Zeitdruck für wenig Lohn und wenig Respekt für das Geleistete.

"Sei es durch Personalabbau oder durch Dumpinglohn, Sparen um jeden Preis." Darunter leidet auch die Qualität: "An allen 33 Schulen wurde die Reinigung halbiert, und nur noch 16 Schulen werden von den Beschäftigten des städtischen Reinigungsdienstes gereinigt." Trotz Fremdvergabe ist die Stadt nie ganz aus der Pflicht: Reinigungsleistung und Arbeitsschutzvorschriften müssen trotzdem durch städtische Mitarbeiter kontrolliert werden. Und die scheinbare Ersparnis durch Privatreinigung fällt auch dann wieder auf die öffentliche Hand zurück, wenn die Beschäftigten durch niedrige Löhne zu Aufstockern nach SGB II werden.

Mindestlohn ohne Wirkung

Zwischenzeitlich gab es bundesweit eine Menge Ärger um Dumpinglöhne für Reinigungskräfte. Seit dem letzten Jahr gibt es nun einen Mindestlohn von 8,40 Euro, seit dem 1.1.2011 sind es 8,55 Euro. Wie schaffen es die Firmen dann, billiger zu sein als die Eigenreinigung? Ganz einfach: Indem den Angestellten mehr Fläche pro Stunde aufgedrückt wird. Sie sollen flotter sein, haben aber, wie eine Reinigungskraft uns sagte, oftmals noch nicht einmal einen Revierplan, der für einen effektiven Arbeitsablauf und erst recht bei Objektwechsel und Vertretung eigentlich unverzichtbar ist. Das Ergebnis: "In den Schulen häufen sich mittlerweile die Beschwerden über die mangelhafte Reinigung, die auf die Sparmaßnahmen zurückzuführen sind", so der AK Putzteufel. Die Frauen denken dabei auch an ihre "Endkunden", nämlich die Schulkinder, die ein Recht auf gesunde und hygienische Verhältnisse in den Schulen haben.

Die Sparfüchse der GGS

Zum 01.01.2008 wurden die Hausmeister- und Reinigungsdienste auf die städtische Tochtergesellschaft GGS (Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven) übertragen. Zu dieser Zeit waren sieben Firmen an 17 Standorten in der Fremdreinigung eingesetzt; die Kosten dafür beliefen sich auf 540.000 Euro.

Die GGS sieht es laut Beteiligungsbericht als vordringliche Aufgabe, die Kosten der Gebäudeflächen drastisch zu senken. "Das kann geschehen durch die Reduzierung der Gebäudeflächen und die Steigerung der Produktivität ... In den nächsten Jahren werden die Hauptanstrengungen auf eine Optimierung dieser Strukturen gerichtet sein müssen, mit dem Ziel, die Aufgaben, die durch GGS wahrgenommen werden, möglichst kostengünstig erbringen zu können, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Einnahmesteigerungen auf Grund der für GGS gegebenen Aufgaben kaum möglich sind."

Europaweite Ausschreibung

Mitte Juni 2010 schrieb die GGS die Reinigung der Gebäude, die bereits fremdgereinigt wurden, europaweit aus. Dabei zogen die hiesigen Firmen den Kürzeren, ein Anbieter aus einem anderen Bundesland erhielt den Zuschlag. Der war (bei einer Größenordnung von einer knappen halben Million) etwa 30.000 Euro billiger. Wie geht das? Seit dem 10.3.2010 sind die Mindestlöhne für Reinigungskräfte doch allgemeinverbindlich – allerdings nicht für Betriebe, die überwiegend andere Leistungen erbringen. Viele derartige Dienstleister, die im großen Maßstab bundesweit tätig sind, haben auch Grünpflege, Immobilienverwaltung, Sicherheitsdienste etc. im Portfolio, sind also nicht an die Tariflöhne gebunden. Eine Rolle soll auch die Möglichkeit zum günstigeren Großeinkauf von Reinigungsmitteln spielen.

Eigentlich hat die Stadt - mit ihren Töchtern – ja eine Vorbildfunktion. "Ich kaufe hier" soll die BürgerInnen motivieren, heimische Kaufleute und Dienstleister zu unterstützen statt die Billigheimer am Stadtrand oder im Internet. Doch die Stadt selbst spart sich noch zu Tode.

Der Personalrat setzt sich unterdessen verstärkt für eine Rekommunalisierung städtischer Aufgaben ein, also die Rücknahme des "Outsourcing". Der Gesamtpersonalrat der Stadt Wilhelmshaven wurde übrigens unlängst für seine "innovative Personalratsarbeit in schwierigen Zeiten" für den Deutschen Personalräte-Preis 2010 nominiert und zur Verleihung im November nach Berlin eingeladen. ❑

JONATHAN
NATURKOST
Die Bio-Frische in Wilhelmshaven
Marktstr. 94, 26382 Wilhelmshaven, Tel.: 13438
Öffnungszeiten: montags-freitags 9.00-18.30 Uhr, samstags 9.00-14.00 Uhr

Kämpferisch

Neujahrsempfang des DGB

(mt) Am 22. Januar lud der Deutsche Gewerkschaftsbund zum Neujahrsempfang im Gewerkschaftshaus in der Weserstraße ein. Manfred Klöpper, DGB- Regionsvorsitzender Oldenburg-Wilhelmshaven, hielt die Neujahrsansprache; auch Frieslands Landrat Sven Ambrosy und Oberbürgermeister Eberhard Menzel sprachen zu den Gästen.

Hoch motiviert, voller Kraft und kämpferisch gab sich an diesem Morgen der DGB. Die Kolleginnen und Kollegen stünden vor großen Aufgaben, welche es zu bewältigen gilt, stellte Manfred Klöpper fest. Die Krise sei mittlerweile überstanden, vor allem, weil die Werktätigen dies finanzierten. Trotzdem seien die Löhne immer noch zu gering. Klöpper prangerte an, dass die Arbeitgeber dies mit der geringen Binnennachfrage begründen. Genau hier setzte Klöpper an. Die Betriebskosten müssten endlich steigen, da gerade die Werktätigen die Ökonomie gerettet haben. So hätten sie nun Anspruch auf höhere Löhne, auf die sie nun schon mehrere Jahre warteten. Die ArbeiternehmerInnen dürften nicht mehr alles auf sich abwälzen lassen. Mehr sozialversicherungspflichtige Jobs hätten oberste Priorität.

Mehr Brutto

Die Legende von der sinkenden Arbeitslosigkeit sei eine Lüge. So hätten zwar mehr ArbeitnehmerInnen eine Anstellung, jedoch arbeiteten sie deutlich weniger Stunden, wodurch immer mehr keine Sozialabgaben zahlen würden. Minijobs und steigende Abgaben für Festangestellte seien die Folgen. Doch steigende Sozialabgaben seien nicht immer schlecht, so Klöpper. Was die Rentenversicherung anginge, so fordert er eine Erhöhung der Beiträge, um eine staatliche Rente langfristig zu sichern. Es könne nicht sein, dass immer mehr Werktätige einen immer größeren Anteil vom Netto für private Rentenversicherungen aufwenden müssten. “Mehr Brutto” statt “mehr Netto vom Brutto” ist seine Forderung, denn nur so können langfristig die Sozialsysteme entlastet und dadurch für mehr Sozialgerechtigkeit gesorgt werden.

Die KollegInnen müssten sich wehren gegen die Eingriffe in die Tarifautonomie, bei denen es immer zu Lasten der ArbeitnehmerInnen ginge. Auch in Bezug auf die Erwerbslosen fordert Klöpper zu Solidarität auf. Immer mehr ALG II-Empfänger müssten gegen ihre Bescheide klagen, da das Job-Center seinen Aufgaben nicht angemessen nachgehe. So sei die Arbeitsloseninitiative eine gute und wichtige Einrichtung, welche es zu unterstützen gelte, auch und gerade von der Kommune. Klöpper verwies auf die Stadt Oldenburg, die die ALSO schon seit langem unterstützt. Von Seiten der Gewerkschaft müsse die Forderung nach höheren ALG II-Sätzen immer wieder erneuert werden. Die fünf-Euro-Regelsatzerhöhung sei unzumutbar. Hier werde die Menschenwürde aufs schwerste verletzt.

Investitionen blieben aus

Oberbürgermeister Menzel sieht positiv in die Zukunft. Der JadeWeserPort schaffe neue Arbeitsplätze. Neue Unternehmen werden in die Stadt gezogen. Hierbei sei es wichtig, für ausreichend Gewerbeflächen zu sorgen. Rund 800 ha Fläche seien von ökonomischem Interesse, sobald der JWP in Betrieb ginge. Aufgabe sei es nun, diese Flächen nutzbar zu machen, indem das Vogelschutzgebiet aufgelöst werde. Großes Vertrauen setzt der OB in die Bürgerarbeit. Sie sei ein Weg in die Dauerbeschäftigung, hierbei würde auf angemessene tarifliche Lösungen geachtet werden. Aber auch Sorgen macht sich der OB. Große angekündigte Investitionen seien ausgeblieben, so z.B. von Ineos oder E.ON. Ebenso sei die Raffinerie eine seiner Sorgen. Hier sei auch die Gewerkschaft in der Pflicht, sich für den Erhalt solcher Arbeitsplätze einzusetzen.

Unser aller Aufgabe sei es, jungen Menschen eine Existenzmöglichkeit in Wilhelmshaven zu geben. Immer mehr Menschen verließen die Stadt. Der OB betonte die Wichtigkeit der Gewerbesteuer für die Handlungsfähigkeit der Stadt. Die Kommune dürfte nicht immer “am Katzentisch sitzen” bleiben.

Hier nimmt er auch das Land in die Pflicht. Aufgabe des Landes sei es, für ausreichende Finanzierung zu sorgen, statt stets auf Fusionen von Kommunen und Landkreisen zu drängen.

Zauberwort Solidarität

Die Friesen hätten eine negative Erwartungshaltung, stellt Landrat Sven Ambrosy (SPD) in seiner Rede fest. Wenn es um unsere Region ginge, hätten die Menschen kein Vertrauen. Dabei liege es gar nicht an uns, sondern an den schlechten Entscheidungen von außen, dass unsere Region strukturschwach sei. Dies erkenne man schon an den Touristen: Wäre es hier so furchtbar, kämen sie gar nicht erst, um ihren Urlaub hier zu verbringen. Wir müssten nur an uns glauben. Solidarität sei das Zauberwort.

Die Menschen aus Wilhelmshaven und Friesland müssten gemeinsam die anstehenden Probleme lösen. Dabei sei der gegenseitige Neid nur kontraproduktiv. Temporär ginge es Friesland sehr gut, was jedoch auch Wilhelmshaven zugute kommen würde. Wichtig sei es, für ausreichend gefüllte Kassen auf kommunaler Ebene zu sorgen. Oft hätten viele Politiker gute Ideen, welche dann an leeren Kassen scheiterten.

Vielleicht wird die anstehende Maritime Konferenz daran etwas ändern, hofft Manfred Klöpper. Hierbei käme es aber gerade auf die Gewerkschafter an, sie seien entscheidend dafür, dass nicht nur Marketing, sondern auch die Interessen der Arbeitnehmer in die Entscheidungsprozesse einfließen würden. ❑

Günstige Finanzierungen

Sie wollen: kaufen, bauen, renovieren, modernisieren, umfinanzieren oder sich den derzeitigen Zins sichern?

Konditionen auf Anfrage

Finanzdienstleistungen
Generalagentur
Holger Janßen, Gökerstr. 216
26386 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 77 45 43
Fax: 04421 / 96 66 90

kommentar

Zu schön, um wahr zu sein.

Selbstbewusst, von seiner eigenen Kraft überzeugt und voller Tatendrang startet der DGB ins neue Jahr. Vieles hat man sich vorgenommen, mehr Brutto, mehr Alg II, Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen und eine starke Solidarität, davon spricht man an diesem Morgen. Doch hört man diese lobenswerten Ziele, bekommt man den Eindruck, dass da irgendwie etwas nicht zusammenpasst, als sei die Gewerkschaft eine ganz andere als die der vergangenen Jahre. Denn wenn es um die Interessen der Arbeitnehmer geht, kommt man nicht umhin festzustellen, dass sie in den letzten Jahren sehr versagt haben.

Sinkende Löhne, eine de facto komplette Abschaffung des Kündigungsschutzes sowie Armut per Gesetz haben die Interessenvertreter der ArbeitnehmerInnen gebilligt. Nicht zu vergessen die Finanzierung der Krise durch die Arbeitnehmer, die einen heißen Herbst zu Folge haben sollte, von dem man höchstens als lauwarmes Herbststürmchen reden kann.

Hält man sich dies vor Augen, so könnten bei dem einen oder anderen die Forderungen eher als leere Phrasen im Gedächtnis bleiben, statt sie als kämpferischen Aktionsplan zu verstehen. Es reicht eben nicht, gegenüber seinen KollegInnen das “Rote” vom Himmel zu versprechen, Solidarität mit den Erwerbslosen zu bekennen, aber wenn es darauf ankommt, sich Politik und Wirtschaft zu beugen und dies mit der sogenannten “Sozialpartnerschaft” zu begründen.

Die Gewerkschaften sind mächtig. Sie sind das Sprachrohr für Millionen Werktätige und Erwerbslose. Jetzt wird es Zeit, diese Macht endlich einzusetzen! Den Worten müssen Taten folgen.

Dafür bedarf es wesentlich mehr Mut. Mut zu Streiks, zu ernsten Tarifverhandlungen und den Mut, auch vor dem politischen Streik nicht zurückzuschrecken. Damit aus der Utopie Wirklichkeit wird!

Hoch motiviert, voller Kraft und kämpferisch, das soll die Gewerkschaft von morgen sein, denn *“seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche”.*

Matthias Tiller

Kulissenschieber

Meisterlicher Masterplan

(hk) In der Einladung zur gemeinsamen Sitzung des Betriebsausschusses der GGS (Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven) und des Ausschusses für Planen und Bauen am 13. Januar 2011 hieß es bei Tagesordnungspunkt 2 unter Mitteilungen und Anfragen: Jadeallee (ehem. Banter Kasernen) – Vorstellung des Masterplans. Da hätten die Alarmglocken schon schrillen müssen.

Leider liegt uns dieser Masterplan nicht vor – wir haben nur die Skizzen, die gerade mal Auskunft darüber geben, wie die geplanten Gebäude aussehen könnten. Da gibt es auch nichts Aufregendes drüber zu berichten. Wir beziehen uns im Folgenden auf das Protokoll der Sitzung vom 13. Januar und auf die darüber erschienenen Presseberichte, in erster Linie in der Wilhelmshavener Zeitung vom 14. Januar.

Wiesbadenbrücke

Stadtbaurat Kottek verwies darauf, dass die Planungen zur Bebauung der Wiesbadenbrücke durch den Eigentümer BIMA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben – früher Staatshochbauamt) aus verschiedenen Gründen nicht vorangekommen seien. Da wäre man unter Umständen mit den Toberschen Planungen (siehe Gegenwind 222 , 223, 224, 225, 229, 241 ...) heute schon weiter, aber das ist ein anderes Thema. Tober hatte bereits im Sommer 2009 gesagt, dass "tatsächlich die Gefahr besteht, dass die Wiesbadenbrücke bis zum Jahr 2040 als chaotische Landschaft mit einem gefährlichen Industrieunternehmen, mitten im Herzen unserer Stadt, bestehen bleibt." (Gegenwind 246)

Und weil es mit der Wiesbadenbrücke nicht klappt, stürzt man sich auf das Areal der ehemaligen Prince-Rupert-School, die Banter Kasernen. Und nun muss alles ganz schnell gehen; bereits im Februar sollen die Planungen dem Rat der Stadt vorgelegt werden.

Banter Kulisse

Auf der Ausschusssitzung stellte *"Frau Ottiglie von der Firma Thalen Consult drei verschiedene Nutzungskonzepte vor, die sich nur durch unterschiedliche städtebauliche Aspekte in der Wohnnutzung unterscheiden. Demnach soll entlang der Emsstraße ein Gewerbegebiet für Dienstleistungsunternehmen entstehen; ein 'Zentrum für maritime Technologien' sei als Nachbar für das bestehende Jade-Innovationszentrum angedacht. Der südliche Bereich entlang des Ufers sehe eine Möglichkeit zum Wohnen vor, der Eingangsbereich an der Jadeallee sei für ein repräsentatives Dienstleistungsgebäude vorgesehen.*

Für die Wohnbebauung werde das Konzept "Banter Kulisse" favorisiert, da dieses mehrere drei- bis fünfgeschossige Gebäude vorsehe, welches ein architektonisch ansprechendes Ensemble bilden würde." (Protokoll der Ausschusssitzung)

Altlasten und andere Probleme

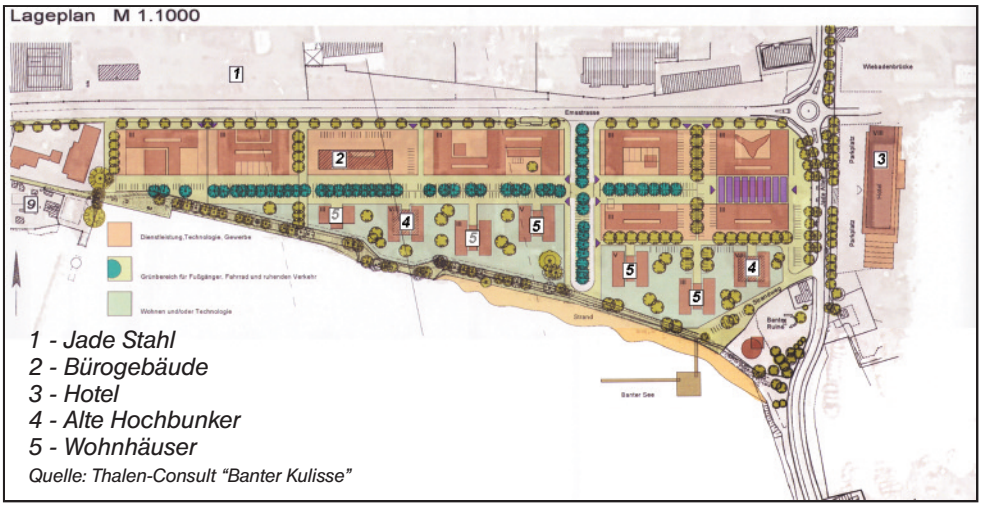
Nun ist bekannt, dass das Grundstück kontaminiert ist, also der Boden viele bekannte und unbekannte Schadstoffe enthält und man da nicht so einfach Wohnhäuser hinbauen kann. Die Firma Thalen Consult löst das Problem: *"Das Altlasten-Problem könne man dadurch lösen, dass die Gebäude erst ab dem ersten Obergeschoss bewohnt werden."* (WZ, 14.01.) Ungeklärt bleibt die Frage, wo die Kinder spielen können – auf Trampolinen? Wie lange darf man auf der Rasenfläche liegen?

Vor dem SPD-Ortsverein West stellte sich Stadtbaurat Kottek den Fragen der Genossen, und das Bürgerportal berichtete:

"Darauf angesprochen, ob das Gelände der ehemaligen Prince-Rupert-School immer noch so verseucht wäre, entgegnete Kottek, dass dem nicht so wäre. Die Häuser auf 'Stelzen', wie im Heimatblatt vor einigen Tagen veröffentlicht, würden nur deshalb so hoch gebaut, damit man dann einen schöneren und attraktiveren Ausblick hätte. Inzwischen weiß man sehr genau, was sich im Erdreich befindet, wie z. B. Hausmüll, und von einer Giftigkeit des Bodens kann gar keine Rede sein. 'Man könne auch 30 Zentimeter Erde draufpacken und gut is', so seine Worte.

Ein Gutachten aus dem Jahre 1989 sagt aber ganz Anderes, und auf dem daneben befindlichen Gelände, auf dem heute das Columbia Hotel steht, wurden völlig überraschend noch gefüllte Schwerölleitungen entdeckt und mühsam entsorgt. Nach dem Krieg sprengte man einen Öltank samt Inhalt, und bis heute ist der Boden auf dem ehemaligen Prince-Rupert-School-Gelände schwer kontaminiert.

Raymond Kiesbye, der 'Tourismuschef' Wilhelmshavens, gab Mitte letzten Jahres auf einer Veranstaltung zu verstehen, dass man dort höchstens Parkplätze bauen könnte." (Quelle: Bürgerportal)



1 - Jade Stahl
2 - Bürogebäude
3 - Hotel
4 - Alte Hochbunker
5 - Wohnhäuser
Quelle: Thalen-Consult "Banter Kulisse"

Minicar Dirks
☎772211

Wir haben unseren Fuhrpark um einige Großraum-fahrzeuge erweitert

Lärmprobleme

Nicht im Protokoll steht, wie Thalen-Consult das Lärmproblem lösen will. Direkt neben dem Plangebiet befindet sich nämlich der Schrottaufbereiter Jade-Stahl. Die Bewohner der Südstadt können ein Lied davon singen, welcher Lärm von dem Betrieb ausgeht – Lärm, der noch in 1.000 Meter Luftlinie, in den von der Bebauung der Rhein- und Weserstraße geschützten Straßen Bants, laut und störend zu vernehmen ist. So bleibt dann auch die Thalen'sche Lösung nichts als ein schlechter ~~Witz~~ Versuch: *"Die Gebäude selbst sorgen für den nötigen Lärmschutz in Richtung Norden (Recyclingbetrieb Jade-Stahl)"*, berichtet die Wilhelmshavener Zeitung aus der Ausschusssitzung. Der Bauausschuss-Vorsitzende Bernhard Rech will dann auch die Firma Jade-Stahl vor der Wohnbebauung geschützt wissen – und nicht etwa umgekehrt.

Wer soll da wohnen?

Es ist bekannt, dass in Wilhelmshaven viele Wohnungen leer stehen und gleichzeitig die Wohnungsbaugesellschaften weiteren Wohnraum schaffen (z.B. Spar und Bau an der Mozartstraße). Für wen sollen nun diese Wohnungen am Banter See entstehen? Kottek auf der Ausschusssitzung: *"Zielgruppen für die Wohnnutzung am Wasser seien vornehmlich außerhalb von Wilhelmshaven zu suchen."* Ist ja auch eigentlich logisch. Vielleicht ja ein Weg, um die Einwohnerzahl der Stadt Wilhelmshaven langfristig über 75.000 zu halten. Oder sollen da wieder die ganzen Leute wohnen, die mit dem JadeWeserPort nach Wilhelmshaven gespült werden? ❑

Ratssplitter

vom 19. Januar 2011
endgelagert von Imke Zwoch

Im Wesentlichen füllte ein dicker Brocken Atommüll den knapp einstündigen öffentlichen Teil der Sitzung. Wer bei der Kommunalwahl im kommenden September sein Kreuzchen danach vergibt, wie kompetent und ernsthaft die Kandidaten mit heiklen Themen umgehen, und wie gut ihr Gedächtnis ist, erhält hier möglicherweise eine Entscheidungshilfe.

Verschriftlichungsvereinfachung
Im Oktober hatten zwei Flüchtlinge von SPD und GRÜNEN die Gruppe BASU/Tholen zur Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen/Westerman verstärkt. Durch Beitritt der beiden zur BASU sind wir jetzt wieder bei BASU/Tholen angelangt – danke für die zukünftig ersparte Tipparbeit.

Sankt Florian, hochaktiv
Die Gruppe BASU-Tholen also beantragte folgendes zu beschließen:

- Teilentwidmung der Wilhelmshavener Häfen für hochradioaktiven Atommüll, Brennelemente und andere hochradioaktive Stoffe. Dies soll der Oberbürgermeister gemeinsam mit dem Land prüfen und vornehmen.
- Informationen über aktuelle Transporte mit radioaktiven Stoffen auf dem Wilhelmshavener Stadtgebiet. Diese Infos soll der OB beim Bundesinnenministerium einholen und auf dieser Grundlage einen Sonderschutzplan für Transportunfälle mit hochradioaktiven Stoffen aufstellen und umsetzen.

Dazu müssen wir zwei Sachen vorausschicken:

- Anfang Dezember 2010 dräute einem unter allen deutschen Seehäfen ein Transport von Atommüll aus dem Zwischenlager Ahaus ins russische Majak. Tagelang wurde gerätselt, wen es denn nun trifft, bis Bundesumweltminister Röttgen den Transport doch vorläufig absagte.
- Im Prinzip gibt es schon einen W'havener Ratsbeschluss von 1988 (2 Jahre nach der Katastrophe von Tschernobyl) zum Verbot von Atomtransporten im Stadtgebiet.

Der war aber nicht, wie Ratsherr Hellwig (CDU) meinte, gleichlautend wie der jetzt beantragte. (Siehe Kasten unten)
Einigkeit bestand jetzt allein darüber, dass der alte Antrag rechtlich wirkungslos ist. Die Crux ist nämlich, dass die Kommunen in Sachen Atomrecht wenig zu melden haben. Deshalb wurde die Verwaltung schon damals beauftragt, herauszufinden, auf welchem rechtlichen Weg man eine Hafenstadt sauber halten kann. Das hat sie nun 22 Jahre lang nicht geschafft, und deshalb der neue Antrag, so Tjaden. Eine Anfrage zum Thema vom 25.11.2010 wurde ihm auch nicht beantwortet. Also fragte er in Hannover an und erhielt vom Umweltministerium eine Antwort, die auch ans Rathaus ging, aber nicht an die Ratsvertreter weitergeleitet wurde.
SPD-Sprecher Neumann sagte, auch seine Partei wolle keinen Atomtransport über Wilhelmshavener Straßen oder Häfen, aber sie bezieht sich auf den alten Beschluss. "Im Bedarfsfalle" müsse man dann "Vorschläge machen". Die GRÜNEN, so Werner Biehl, waren der BASU dankbar für den Antrag und signalisierten Zustimmung.

Graul mal humorlos
Stadtrat Jens Graul fühlte sich angefasst von dem Vorwurf der Untätigkeit. Bei einer Anfrage von Tholen im Oktober 2010 habe er klar formuliert, dass der alte Beschluss nicht weiter verfolgt würde, weil die Rechtslage sich nicht verändert habe. Und warum Tjaden nicht auch beim Wirtschaftsministerium angefragt habe? Dort hätte er erfahren, dass die Entwidmung von Häfen für bestimmte Gefahrgüter nicht mit der niedersächsischen Hafenordnung vereinbar sei.
Tatsächlich hat Tjaden aber sämtliche niedersächsischen Ministerien angeschrieben, die irgendwie mit Atommüll zu tun haben, so neben MU und MW auch das Innenministerium, zuständig für die Polizei, die die oberste Lufthoheit über Atomtransporte besitzt. Aber so richtig fühlt sich wohl keiner zuständig. Das Wirtschaftsministerium jedenfalls hat seine Anfrage "zuständigkeitshalber" an das Umweltministerium weitergeleitet

TRIANGEL
second-hand-shop
An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten,
Literatur + Comics u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Anschreiben Tjaden an Verteiler: Ministerpräsident David McAllister, Uwe Schünemann, Hartmut Möllring, Aygül Özkan, Prof. Dr. Johanna Wanka, Dr. Bernd Althusmann, Jörg Bode, Astrid Grotelüschen, Bernd Busemann, Hans-Heinrich Sander
Sehr geehrte Damen und Herren, der Rat der Stadt Wilhelmshaven hat am 21.09.1988 beschlossen, dass keine Transporte von radioaktiven Materialien in Wilhelmshaven stattfinden sollen. Zudem forderte der Rat mit diesem Beschluss die Landesregierung auf, keine Genehmigungen für den Transport von radioaktiven Materialien nach Wilhelmshaven und den Umschlag im Hafen zu erteilen. Momentan sind wieder einige Transporte von hochradiaktivem Atommüll geplant. Als Umschlaghafen ist u. a. auch Wilhelmshaven im Gespräch. Der erste dieser möglichen Transporte könnte schon am 15. und 16. Dezember 2010 stattfinden. Für uns ist nicht nachvollziehbar, ob die damalige Landesregierung denn der Aufforderung des Rates der Stadt nachgekommen ist.
Bitte teilen Sie mir umgehend mit:
1. wurde das Land Niedersachsen 1988 auf Grund des Beschlusses des Rates der Stadt aufgefordert, keine Genehmigungen zu erteilen?
2. hat die Landesregierung diese Aufforderung umgesetzt?
3. in welcher Form wurde der Beschluss des Rates der Stadt Wilhelmshaven umgesetzt?
4. werden auf Grund des Beschlusses auch zukünftig keine Genehmigungen für den Transport von radioaktiven Materialien nach Wilhelmshaven und den Umschlag im Hafen erteilt?
Wir vermuten, dass für den Transport von radioaktiven Materialien nach Wilhelmshaven und den Umschlag im Hafen keine bindenden Regelungen bestehen, die derartige Transporte ausschließen.
Unter dieser Annahme könnten schon im Dezember 2010 hoch radioaktive Materialien in Wilhelmshaven umgeschlagen werden. Teilen Sie uns bitte mit, ob die Landesregierung Niedersachsens den Transport und den Umschlag in Wilhelmshaven genehmigen oder ablehnen wird ....

Aus dem Ratsprotokoll vom 21.9.1988
Antrag Gruppe Grüne/Frauenliste (vorgetragen von Gerd Kläne)

- Der Rat der Stadt Wilhelmshaven spricht sich gegen den Transport von radioaktiven Materialien inklusive deren Umschlag in allen Hafenbereichen Wilhelmshavens aus. *Er beauftragt die Verwaltung, alle rechtlichen Schritte zu unternehmen, um dieses Ziel zu erreichen.*
- Der Rat der Stadt fordert die niedersächsische Landesregierung auf, keine Genehmigungen für den Transport von radioaktiven Materialien nach Wilhelmshaven und den Umschlag im Hafen zu erteilen.

In seiner Begründung führte Herr Kläne aus, daß es nicht angehe, daß die Landesregierung die nach wie vor nicht vorhandene Entsorgung der Atomindustrie durch einen Atommülltransport per Genehmigung legalisiere. Hinzu komme, daß Atomtransporte ein ständiges Risiko bedeuten würden.
Herr Adam erklärte, daß die SPD-Fraktion diesen Antrag unterstützen werde. Der Transport von Brennelementen sei nicht die Art der Wirtschaftsförderung, die man sich für den Wilhelmshavener Hafen wünsche. Es sei bekannt, daß die Sicherheitseinrichtungen weder zu Lande noch auf dem Wasser für den Schutz derartiger Transporte ausreichen. Es sollten alle kommunalpolitischen Möglichkeiten genutzt werden, diese Landesentscheidung zu verhindern.
Herr Dr. Biester wies darauf hin, daß eine Antwort auf den Verbleib des radioaktiven Abfalls aus der Gewinnung von Atomenergie gegeben werden müsse. Man sollte keine vorschnelle und ungeprüfte Ablehnung aussprechen, sondern sich dieses Themenkomplexes mit der Fragestellung annehmen, ob dies für Wilhelmshaven Vorteile bringen könne.
Herr Hofmann stellte besonders heraus, daß die Stadt Wilhelmshaven nicht an den Überlegungen beteiligt wurde.
Beschluß (bei Gegenstimmen der CDU-FDP-Gruppe)

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

Vom Umweltministerium erhielt Tjaden (wie die Stadt) am 14.12. folgende Antwort: Für die Beförderungsgenehmigung ist das Bundesamt für Strahlenschutz zuständig. Das Einvernehmen oder die Zustimmung einer betroffenen Gemeinde sei keine Voraussetzung für die Erteilung. "Der Beschluss des Rates der Stadt Wilhelmshaven vom 21.9.1988 kann die nach Atomrecht zuständige Genehmigungsbehörde nach dieser Rechtslage nicht binden. Der Beschluss kann deshalb lediglich als politischer Appell bzw. als Resolution verstanden werden." Das nds. Wirtschaftsministerium als oberste Hafenbehörde könne zur Gefahrenabwehr nur ein Verbot aussprechen, wenn gegen erteilte Anordnungen, Auflagen oder Rechtsvorschriften verstoßen wird. "Dabei ist jedoch im Einzelfall zu prüfen, ob ein Verbot verhältnismäßig wäre."
Nun ja, die Verhältnismäßigkeit der Gefahr durch radioaktive Strahlung gegenüber den Interessen der Atomindustrie ist ja einschlägig bekannt. Soweit dazu.
Graul giftete, Tjaden habe den Antrag nur gestellt, "damit man überhaupt über was reden kann". Kommentieren wir dies jetzt mal nicht. Das Atomrecht, so Graul, greife aus vielerlei Gründen weit durch, und es bestehe "kein konkreter Anlass, sich damit zu befassen". (Nee, echt nicht, Dezember 2010 ist ja schon ewig her, da kann von konkret keine Rede sein. Und die betroffene Kommune erfährt ja schon 1, 2 Tage vor dem Transport, wo es lang geht, das muss reichen, um sich konkret damit auseinanderzusetzen.) Der konkrete Anlass, sich damit zu beschäftigen, sei, so Tjaden, seine Anfrage vom November. Die muss die Verwaltung eigentlich beantworten, ob sie gerade Lust dazu hat oder nicht.

Teichmans Liste

Auftritt FDP-von Teichman: Er habe eine lange Liste, in der steht, wann wo welche Atomtransporte stattfinden, das sei alles öffentlich. Soso, jaja, auf der Website des Bundesamtes für Strahlenschutz (www.bfs.de) gibt es eine Liste mit den aktuellen Transportgenehmigungen, mit Absende- und Bestimmungsort, also "woher" und "wohin", aber die wären ja mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn sie reinschreiben würden, wo es lang geht, denn Behörden und Polizei haben keinen Bock auf Castorgegner und noch weniger auf andere Interessierte, die mehr vorhaben als nur eine friedliche Sitzblockade. Um dem auszuweichen, beantragen die Transportunternehmen immer gleich mehrere Routen. Und damit keiner petzt, erfahren auch die nachgeordneten Behörden entlang der Route möglichst spät davon. Das erläuterte, in etwas anderen Worten, auch Tjaden seinen neunmalklugen Ratskollegen.
Tjaden wolle, so von Teichman (amtierender Vorsitzender des Umweltausschusses) "unbegründete Ängste schüren wie in Gorleben". Auch das kommentiert sich selbst. "Dieses Land hat eine hoch entwickelte Industrie, und die braucht Energie". Und im Übrigen "leben wir überall mit Risiken, durch Chlorgas, Öl" usw., und "ohne Risiken gibt es kein Leben". Was hatte ich gesagt? Ach so: Vorsitzender des Umweltausschusses. Sein Fazit: "Was soll der Quatsch"?
Hellwig setzte oben drauf: "Der Antrag soll Probleme lösen, die wir nicht haben." Genau. Wir sind ja weit weg von der Asse, von Schacht Konrad, von Ahaus und erst recht von Majak in Russland (s. Kasten). Und beim nächsten Mal beten wir dann wieder, dass es einen anderen Hafen trifft.
Wenn es wirklich soweit ist, schloss Tjaden, "haben wir allenfalls noch Zeit, wegzufahren". Sein Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt, die Gruppe BASU-Tholen, GRÜNE und die LINKE stimmten dafür. Wir schlagen vor, dass die Mehrheit mal einen Ausflug nach Majak macht, oder nach Tschernobyl, da werden seit Neuestem (wirklich!) touristische Erlebnistouren angeboten. Da sind sie mal richtig dicht dran an der Wirklichkeit und vorneweg läuft von Teichman im T-Shirt mit Aufdruck "Ohne Risiko kein Leben".

Wie machen es die anderen?

In der Einwohnerfragestunde meldete sich Jochen Martin zu Wort. Der Hafen- und Schifffahrtsbeobachter hat auch im Gegenwind schon mehrfach zum Thema Atommülltransporte berichtet (s. Gegenwind 248 - November 2009 und 255 - Dezember 2010). Ehe er zu seiner Frage kam, fasste er für den Rat einmal zusammen, wie Entscheidungsträger in andere Kommunen auf das Problem reagiert haben: In Cuxhaven lehnte nach vorangegangener Kritik aus der Bürgerschaft die Hafengesellschaft Cuxport einen Transport über Cuxhaven ab. In Bremen wurde mit rot-grüner Mehrheit beschlossen, der Senat solle "alle Möglichkeiten ausschöpfen, unnötige Atomtransporte durch das Land Bremen zu verhindern". Das Hafenumschlagunternehmen Eurogate hat zugesagt, an ihren Bremer Hafenanlagen keine Castor-Behälter umzuschlagen In Lübeck wurde der Hafen von der Bürgerschaft 1990 teilentwidmet und somit für Atomtransporte gesperrt. Die Stadt Emden setzte vor vielen Jahren einen Atomparagrafen in ihrer besonderen Hafenordnung durch. 'Gefahrengüter, die als Atommüll einzustufen sind, dürfen weder gelagert, im Transit befördert noch umgeschlagen werden.' (siehe S.13)
Die Umsetzung lässt andernorts zwar auch auf sich warten, aber immerhin wurde etwas versucht, während bei uns seit dem Beschluss von 1988 alles Weitere ausgesessen wird. Das war denn auch Martins Frage, wann hier endlich etwas passiert? Damals wurde die Verwaltung aufgefordert, alle rechtlichen Möglichkeiten zur Verhinderung zu nutzen, Heute stellt unsere Verwaltung fest, dass der damalige Beschluss so keine Wirkung entfaltet – ein Grund mehr, sich drum zu kümmern, statt sich übergeordneten Behörden kampflos zu ergeben. ❑

Stichwort: Majak

Außer den Sicherheitsrisiken beim Transport durch Deutschland und weitere Länder spricht noch mehr gegen die Lieferungen nach Majak. Seit der Inbetriebnahme der kerntechnischen Anlage im Jahr 1948 hat es dort immer wieder Störfälle gegeben, und auch im "normalen" Betrieb werden Luft, Wasser und Boden derart verseucht, dass nachweislich zahlreiche Krebstote darauf zurückzuführen sind.
Bis September 1951 wurden 78 Millionen Kubikmeter hochradioaktiven flüssigen Abfalls in den Fluss Tetscha eingeleitet, aus dem die 120.000 Bewohner der Region teilweise ihr Trinkwasser bezogen. Eine Studie unter Personen, die vor 1950 geboren wurden und mindestens zwischen 1950 und 1960 in einem der 41 Dörfer an der Tetscha gelebt haben, ergab, dass etwa 3 % der Krebstode und 63 % der Leukämietode auf die radioaktive Belastung zurückzuführen sind.
In den Karatschai-See wurde bis 1993 hochradioaktiver Abfall eingeleitet. Der See gilt als einer der am stärksten radioaktiv belasteten Orte der Erde. 2008 haben die Neuerkrankungen an Krebs bei Kindern um 64 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zugenommen.
1957 gab es eine Explosion in einem Lagertank, die große Mengen an radioaktiven Stoffen freisetzte. Der Unfall ist von der Menge der freigesetzten Strahlung her vergleichbar mit der Tschernobyl-Katastrophe, nur wurde der sogenannte Kyschtym-Unfall erfolgreich vertuscht. Zuletzt lief 2007 flüssiger radioaktiver Abfall aus einem Tank aus.
Die radioaktive Belastung der Region ist Untersuchungsgegenstand eines internationalen Forschungsprojekts, an dem auch das Bundesamt für Strahlenschutz beteiligt ist.
Aus einem offenen Brief, den russische Umweltschützer, darunter zahlreiche Wissenschaftler, unter anderem an unsere Bundeskanzlerin richteten: *"Der Transport von radioaktiv strahlendem Material nach Russland ist eine Gefahr für die nächsten Generationen, da Atommüll bei Lagerung und Wiederaufbereitung dieses Materials in Russland in die Umwelt gelangt. Die … Vereinbarung zwischen den Regierungen Russlands, der USA und Deutschlands ist unserer Auffassung nach unmoralisch. Diese Vereinbarung verletzt das internationale Prinzip einer gleichberechtigten ökologischen Sicherheit. Diese Vereinbarung bedient die aktuellen finanziellen Interessen russischer Bürokraten. Wir wenden uns an Angela Merkel, die Kanzlerin von Deutschland, und an die anderen Regierungen mit mächtigen Strukturen zur Wahrung der Sicherheit (der ökologischen Sicherheit und der Sicherheit vor Terrorismus), auf den Export ihres Atommülls zu verzichten, die Verantwortung hierfür nicht anderen Ländern und Völkern aufzubürden."*
In der globalen Verantwortung sollte die Staatengemeinschaft von jedem weiteren Transport nach Majak absehen. Zu sagen "Sankt Florian – was geht mich das an, solange kein konkreter Transport über Wilhelmshaven geht" ist erschütternd egoistisch und verantwortungslos gegenüber den Beschäftigten und Anwohnern von Majak.

Imke Zwoch

In die Hölle

Landesbühne bringt die Abgründe menschlichen Handelns auf die Bühne

(hk) "Die Ermittlung" von Peter Weiß brachte die Notwendigkeit der ständigen Auseinandersetzung mit Auschwitz und mit der Politik des Faschismus eindringlich ins Bewusstsein. Und das in einer Inszenierung der Spitzenklasse.

Sibylle Hellmann, Stefan Ostertag, Sebastian Moske, Fabian Monasterios, Sara Spennemann, Fabian Döring, Jacques Freyber. *Foto:Landesbühne*

Peter Weiss' Stück wurde 1965 uraufgeführt – gleichzeitig auf 15 Bühnen in Deutschland und England. 1965, das war die Zeit, als noch alles ordentlich lief, man hatte nur damit zu tun, sein Leben einzurichten, Not und Armut zu überwinden. In der Zeit des Wirtschaftswunders war kein Platz für eine Auseinandersetzung mit dem, was im 12 Jahre währenden tausendjährigen Reich geschah.

Die alten Nazis hatten sich wieder in Politik, Presse, Militär und Kultur häuslich niedergelassen; es gehörte zum guten Ton, "von nichts gewusst" zu haben. Und die alten Nazis waren ja auch gut zu gebrauchen. Es musste eine Bundeswehr her.

Dann kamen 1963 die Auschwitzprozesse, und das Unsagbare gelangte an die Öffentlichkeit – die tausendfach zu hörenden Ausreden unserer Väter und Großväter klangen in den Aussagen der Angeklagten wider: "Daran kann ich mich nicht erinnern. Davon ist mir nichts bekannt. Ich hatte nur meine Pflicht zu tun. Ich habe nur meinen Dienst gemacht. Es war Befehl. Das sind Erfindungen. Davon weiß ich nichts."

Also
von kleinen Übeln abgesehen
wie sie solch ein Leben von vielen
auf engem Raum
nun einmal mit sich bringt
und abgesehen von den
Vergasungen
die natürlich furchtbar waren
hatte durchaus jeder die Chance
zu überleben
(Angeklagter 8)

Geschockt von den durch die Ermittlung öffentlich bekannt gewordenen Abläufen der Massenvernichtungsmaschinerie begann die Jugend Fragen zu stellen. Die Eltern und Großeltern hatten keine Möglichkeit mehr zum Ausweichen. Lügen und Ausreden wurden nicht mehr akzeptiert. Im Grunde war das Stück von Peter Weiss so etwas wie die Geburtsstunde der 68er-Bewegung.

Weltniveau

Man durfte gespannt sein, wie Weiss' Stück heute, fast 50 Jahre nach seiner Uraufführung, wirken würde. Das, was die Regisseurin Eva Lange gemeinsam mit dem Dramaturgen Peter Fliegel und dem Ensemble der Landesbühne daraus gemacht hat, hat Weltniveau, ist Theater, wie es besser nicht realisiert werden kann.

Das Stück ist in 11 Gesänge aufgeteilt, Gesänge, die uns immer tiefer in die Hölle des Vernichtungslagers Auschwitz und damit in die Abgründe des faschistischen Denkens führen.

Schon das Bühnenbild lässt dem Zuschauer keine Chance zum Abschweifen – auf einer leichten Schräge stehen ca. 100 Stühle, fein säuberlich in Reihe. Nach und nach tauchen 7 grau gekleidete Personen auf. Es gibt keine Unterschiede, selbst der natürliche Unterschied zwischen Mann und Frau wird beseitigt. Es gibt auch keine Rollenzuweisung – die Zuschauer können kein Feindbild aufbauen. Jede/r spielt jede/n. Mal Angeklagter, mal Verteidiger, mal Zeuge.

Zu Beginn des Stückes wähnt man sich noch in einer Aufführung eines der großen klassischen Werke, doch spätestens in der dritten Szene spürt man, dass da auf der Bühne etwas abläuft, was einen ganz persönlich betrifft; da werden keine Allgemeinplätze oder Weisheiten zum Besten gegeben. Was da auf der Bühne abläuft, ist unser Leben, unsere Vergangenheit. Was da auf der Bühne dargestellt wird, sind die Ursachen, warum die Welt heute so ist, wie sie ist.

Die Topografie des Grauens, das schrittweise Durchlaufen der Tötungsmaschinerie mit all ihren entwürdigenden Nuancen und Zusammenhängen, von der Rampe über die Menschenversuche, von den Todesspritzen über die Vergasungsanlagen bis hin zu den Verbrennungsöfen. Man mag kaum atmen, so bedrückend wirkt das Stück.

Die Angeklagten versuchen mit folgenden Entlastungsstrategien, ihr Handeln zu verharmlosen, abzustreiten oder zu rechtfertigen:

- *Unglaubwürdigmachung von Zeugen oder Anklägern*
- *Täter-Selbstverständnis als Opfer*
- *Berufung auf damalige Rechts- und Werteordnung und Befehlsnotstand, allgemeine Akzeptanz und ähnliche Taten anderer*
- *Schuldleugnung, Herabspielen der eigenen Rolle*
- *ausweichende Antworten, Behauptung eigener Unwissenheit*
- *Verweise auf "gelungene Resozialisierung" nach 1945, Hervorheben eigener guter Taten*
- *Plädoyer auf Verjährung*

Ratlosigkeit

Nachdem man über 2 Stunden im wahrsten Sinne des Wortes in die Hölle geführt wurde – kann man anschließend klatschen? Darf man klatschen? Das Wilhelmshavener Premierenpublikum begann mit einem zögerlichen Applaus, als dann die Schauspieler rauskamen und sich bedankten war klar, dass man klatschen darf. Aber es war ein anderes Klatschen, es war ein ehrfürchtiger und dankbarer Applaus, mit dem die Leistungen des Ensembles anerkannt wurden. Gut und richtig war es auch, dass das Stück ohne Pause gespielt wurde. Wer hätte nach dem Gehörten eine Tasse Kaffee oder ein Glas Wein trinken können?

Premierenfeier

Das Team der Landesbühne stellte sich auch die Frage, ob man nach einem solchen Stück eine Premierenfeier durchführen kann. Der Dramaturg Peter Fliegel dazu: "Weil es den Faschisten nicht gelang, das jüdische Leben und die jüdische Kultur auszulöschen, und weil es heute in Deutschland wieder eine lebendige jüdische Kultur gibt, ist eine Premierenfeier möglich." Und diese fand dann auch statt – passend mit Klezmer-Musik.

Unvergleichbar

Peter Weiss' Ermittlung machte auch klar, dass das, was die Deutschen im Faschismus getan haben, unvergleichlich ist und bleibt. Es macht deutlich, wie abwegig und beleidigend die heutzutage immer wieder gern gemachten Auschwitz-Vergleiche sind (Scharping, Joschka Fischer als Außenminister ...).

Schlecht zu verstehen

Die Schauspieler sprachen oft mit dem Rücken zum Publikum in die endlose Schwärze der Bühne, das war dramaturgisch sicherlich gut und verständlich, wurde dadurch aber für das Publikum zu einer Tortur; selbst bei gutem Hörvermögen konnte man den Text oftmals nur bei äußerster Konzentration verstehen – BesucherInnen berichteten, dass sie über weite Stre-cken akustisch nichts verstanden haben.

Resümee

Das Stück hat seit seiner Uraufführung 1965 nichts von seiner Aktualität, von seiner Größe und Eindringlichkeit verloren. Es ist ein Dokument über den Terror in den Konzentrationslagern und über die weit verzweigten Unterstützungswege (von der Reichsbahn bis zu den Herstellern der Verbrennungsöfen, den Herstellern der Giftspritzen, den Nutznießern in der Wissenschaft ...); es ist ein Dokument über die Verschleierungsstrategien bis in die 60er Jahre hinein. Hier sei z.B. an die Rolle der deutschen Diplomaten am Funktionieren der Vernichtungsmaschinerie erinnert, die ja gerade in den letzten Monaten aktuell diskutiert wurde (*Conze, Frei, Hayes, Zimmermann: Das Amt und die Vergangenheit: Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*). Auch die aktive Beteiligung der Wehrmacht an NS-Verbrechen wurde erst nach vielen Jahrzehnten (1995) öffentlich.

Die Urteile

Die Urteilsverkündung, die das Stück offen lässt, brachte am 19.8.1965 im echten Ausch-witzprozess drei Freisprüche, elf Haftstrafen zwischen drei und vierzehn Jahren und sechs lebenslängliche Haftstrafen. ❑

Weitere Termine im Stadttheater Wilhelmshaven: Di., 22.02.2011 / 20.00 Uhr / Sa., 26.02.2011 / 20.00 Uhr / Mi., 16.03.2011 / 20.00 Uhr /

Die 11 Gesänge

1. Gesang von der Rampe
beschreibt die Ankunft der Gefangenen im Lager, wie die Kranken und Arbeitsunfähigen ausgesondert wurden, um sofort zur Vernichtung gebracht zu werden.

2. Gesang vom Lager
schildert die erbärmlichen und total überfüllten Baracken sowie die unhygienischen Bedingungen im Lager, wie sich die Häftlinge selbst bestohlen und erniedrigt haben, um zu überleben.

3. Gesang von der Schaukel
legt dar, dass Todesurkunden gefälscht wurden und politische Gefangene durch schwere Folter durch die Schaukel zum Reden gebracht wurden.

4. Gesang von der Möglichkeit des Überlebens
lässt erkennen, dass es nur sehr wenige Möglichkeiten gab, um im Lager zu überleben. Das Personal hatte fast uneingeschränkte Macht über das Leben der Häftlinge. Es werden die Versuche an Frauen in der medizinischen Abteilung beschrieben, durch die die meisten Gefangenen starben.

5. Gesang vom Ende der Lili Tofler
erzählt, wie Lili Tofler festgenommen und getötet wurde, weil sie einen Brief ins Gefangenenlager schmuggeln wollte.

6. Gesang vom Unterscharführer Stark
beschreibt den Unterscharführer Stark durch mehrere Aussagen von Zeugen. Die einen sagen, dass er ein lernfreudiger 20-jähriger Kommandant war. Ein anderer Zeuge beschreibt, wie der Menschen ermordet hat, doch er streitet alles ab. Starks Verteidiger sagt außerdem, dass Stark sich nach dem Krieg als guter Bürger entwickelt hat.

7. Gesang von der schwarzen Wand
erzählt von der Wand, an der Menschen erschossen wurden. Die Wand hat den Namen auf Grund ihrer Farbe.

8. Gesang vom Phenol
schildert, wie die Menschen durch eine Phenol-Spritze in den Herzmuskel getötet wurden – Erschießen war zu teuer.

9. Gesang vom Bunkerblock
erzählt, wie es den Menschen erging, wenn sie wegen eines Verstoßes bestraft wurden. Es gab Stehzellen, die 90 cm breit, 90 cm lang und 2 m hoch waren. Sie hatten nur ein kleines Lüftungsloch von 4 auf 4 cm. Teilweise wurden bis zu 4 Personen in eine Zelle eingesperrt, so dass sie am nächsten Tag entweder bewusstlos oder tot waren.

10. Gesang vom Zyklon B
beschreibt wie die Menschen nackt in einen Raum gezwängt wurden und dort mit Zyklon B vergast wurden. Ein Zeuge, der die Leichen danach aufräumen musste, beschreibt, wie die Leichen zerkratzt, von Körperflüssigkeiten beschmutzt, aufeinander gestapelt dalagen.

11. Gesang von den Feueröfen
beschreibt den Vorgang, wie die Leiche von der Vergasung zu den Verbrennungsanlagen befördert wurden. Dort wurden sie "verarbeitet", d.h. Haare abgeschnitten und die letzten Schmuckstücke oder Goldzähne abgenommen. Dann letztendlich verbrannt. Zeugen behaupten, dass normalerweise etwa 3.000 Menschen täglich getötet wurden. Gegen Ende sogar bis zu 20.000 täglich.

Nach: referate10.com

Revisor, revisited

(iz) Es gibt Theaterklassiker, die bleiben immer aktuell. Dazu gehört auch Nikolai Gogols "Der Revisor", Thema: Korruption. Erfunden wurde diese, wie Dramaturgin Annabelle Schäll wusste, in Russland. Im 19. Jahrhundert war es dort durchaus erwünscht, dass die Staatsdiener ihr bescheidenes Salär durch "Trinkgeld" aufbesserten. Dass dies eine Eigendynamik in Bezug auf die Kundenwünsche entwickeln könnte, hatte man nicht bedacht.

Der Plot: In einem russischen Städtchen hat man den Tipp gekriegt, dass ein Revisor aus Moskau kommt, um die Korruption im Gemeinwesen unter die Lupe zu nehmen. Durch eine Verwechslung kommt ein mittelloser Gast des Ortes in den Genuss, all die Bestechungsgelder einzusacken, die dem Beamten zugedacht waren. Und er versteht das weidlich auszunutzen …

Gogols "Rundumschlag gegen die Vetternwirtschaft" kam bei den Betroffenen damals nicht so gut an. Sie beantragten die Zensur, gar ein Verbot des Stückes, und der Autor sah sich Morddrohungen ausgesetzt. Doch Zar Nikolaus I. amüsierte sich prächtig und empfahl das Stück sogar allen Petersburger Beamten als "Weiterbildung". (Die Landesbühne hat auch alle Ratsherren und -damen zu ihrer Aufführung eingeladen).

Leider ist das Stück immer noch hochaktuell. Vier hessische Finanzbeamte, die einige dicke Fische aus dem trüben Teich der Steuerhinterziehung gefischt hatten, wurden von ihren Vorgesetzten zurückgepfiffen, von einem gekauften Gutachter für unzurechnungsfähig erklärt und vorzeitig (mit 40) in Pension geschickt. Hochrangige Politiker wie Gerhard Schröder oder Roland Koch bekommen nach ihrer Amtszeit fette Vorstandsposten bei Unternehmen, mit denen sie zuvor in ihrem Regierungsjob zu tun hatten. Im Unterschied zu den Beamten im Zarenreich erhalten sie vor und nach ihrer Amtszeit gerade deshalb stattliche staatliche Alimente, damit sie nicht in den Verdacht und die Versuchung der Bestechlichkeit geraten. Heute liegt Russland in der Auswertung von "Transparency International" zur "wahrgenommenen Korruption im öffentlichen Sektor" weltweit auf Platz 152 von 178, Deutschland auf Platz 15.

Man kommt also gleich ins Nachdenken bei Gogol, aber mit dieser Inszenierung hat das wenig zu tun. Für Regisseur Olaf Strieb ist Gogols Stück "eine perfekte Klaviatur, man muss sie nur spielen können". Ob Strieb das gelungen ist, darüber scheiden sich die Geister. Wer einen lustig-unterhaltsamen Abend erwartet, kommt auf seine Kosten. Doch für die feinen Zwischentöne kommt das Ganze zu laut und schrill daher. Bühnenbildnerin Diana Pähler hat die kleine Welt der Provinz in Schräglage versetzt, das ist momentan offensichtlich im Trend, auch "Die Physiker" und "Die Ermittlung" spielen sich auf schrägem Boden ab. Kreativer ist da schon, die wechselnden Bühnenbilder in eine Art Drehbühne zu verfrachten, wo sie wie eine Puppenstube oder ein Kasperltheater daherkommen. Auf kleinstem Raum spielt sich aber manchmal so vieles gleichzeitig ab, dass die Darsteller gezwungen sind, sich gegenseitig die Schau zu stehlen. Augenzwinkernde Bezüge zur Gegenwart gibt es kaum (oder sie sind mir in dem Kuddelmuddel entgangen) – so wie der Stadthauptmann seine vermeintlich rosige Zukunft plant, wenn der vermeintliche Revisor sein Schwiegersohn ist: "Dann werde ich Berater, das kann jeder."

Schauspielerisch gibt es hingegen wenig zu meckern, alle haben aus sich herausgeholt, was die Regie verlangte. Besonders überzeugten Matthias Reiter als Hochstapler wider Willen und Cino Djavid in verschiedenen Rollen – eine Sternstunde war, wie Letzterer am Ende, als alles auffliegt und nach dem Schuldigen gesucht wird, der den falschen Revisor ins Spiel gebracht hat, bildlich vom Sofa fließt – Stan Laurel wäre stolz auf ihn gewesen.

Weitere Termine im Stadttheater Wilhelmshaven: Mo., 14.02., 20.00 Uhr / Fr., 11.03., 20.00 Uhr

Hartz IV – Leidenschaft

(iz) Wenn der Jugendclub des Jungen Theaters ein neues Stück macht, ist das schon unabhängig von der künstlerischen Leistung eine tolle Sache. Jugendliche, die sich neben der Schule, die zeitlich immer höhere Anforderungen stellt, konzentriert einem Hobby widmen und zudem zur Vorbereitung intensiv mit einem gesellschaftlichen Thema auseinandersetzen: Hut ab! Diesmal ging es um das Thema Hartz IV. Vier Geschwister, die ihre Eltern verloren haben, schlagen sich am Existenzminimum durch und mit den Behörden herum. Dabei treffen sie auf ein anderes Geschwisterquartett, dessen Eltern zu den oberen Zehntausend gehören. Erst durch die eine oder andere Liebesgeschichte können scheinbar unüberbrückbare Gegensätze und Abneigungen überwunden werden … Die Idee stammt von Alexander Iwanow, der auch die Rolle des arroganten Oberschnösels in dem verwöhnten reichen Blagenquartett übernimmt. Dabei trägt er mächtig auf, so wie auch insgesamt die Figuren in Klischees und Karikaturen gezeichnet sind. Manchmal muten sich die jungen Darsteller und Theatermacher auch ein bisschen viel zu – Textsicherheit, Stimme, Gestik, Mimik verlangen ihnen schon eine Menge ab, und da wäre manchmal ein Requisit mehr ganz hilfreich, das man nicht noch durch Pantomime ersetzen muss. Aber sie wollen ja (noch) keinen Oscar gewinnen, die Spielfreude ist ihnen anzusehen. Wobei man besondere Talente nicht verschweigen sollte, wie "Susi" und vor allem Küken "Tommy", der ohne Allüren völlig präsent und authentisch daherkommt.

Vor allem aber haben sie sich alle wirklich mit dem Alltag des Armseins auseinandergesetzt. So ist z. B. die Szene bei der "Tafel" erschütternd realistisch – "Heute dürfen Sie ein Stück aus dieser Kiste und zwei Teile aus dieser Kiste nehmen."

Im Dezember feierte der Jugendclub Jubiläum: Schon seit 20 Jahren entwickelt der Theaterpädagoge Frank Fuhrmann mit Jugendlichen Projekte. Jeden Dienstag treffen sich junge Menschen, die das Theaterspielen hautnah erleben wollen. Unter Leitung von Fuhrmann lernen die Jugendlichen verschiedene Spielweisen (klassisches Theater, Erzähltheater, Straßentheater, Performance, Theatersport) kennen. Anmeldungen bei Frank Fuhrmann: Tel. 04421-9401-49

Wir haben es satt!

Tausende demonstrierten für nachhaltige Landwirtschaft - auch Erwerbslose schlagen Krach - jetzt ist kritisches Konsumverhalten gefragt

(iz) Unter dem Motto “Wir haben es satt - Nein zu Gentechnik, Tierfabriken und Dumpingexporten” demonstrierten am 22.1. in Berlin rund 22.000 Teilnehmer aus ganz Deutschland für eine grundlegende Reform der Agrarpolitik, die Abkehr von der industrialisierten Landwirtschaft und besseren Verbraucherschutz. Unsere Demo-Korrespondentin war vor Ort - und auf dem Wochenmarkt.

Bei der bislang größten Demonstration dieser Art zogen Bauern, Umweltschützer, Imker und Verbraucher /-innen gemeinsam vom Berliner Hauptbahnhof zur Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor. Getragen wurde die Veranstaltung von einem breiten Bündnis aus Bauern- und Umweltverbänden, Bürgerinitiativen gegen Massentierhaltung und Gentechnik sowie von Eine-Welt-Gruppen.

Krach statt Kohldampf

Auch Erwerbslose lassen sich nicht mehr mit ungesunden Sparzwängen abspeisen oder vom unsäglichen Theo Sarrazin verhöhnen, der 2008 einen Hartz IV-Speiseplan mit Bratwurst, Leberkäse, Fertig-Kartoffelsalat und ähnlich gesunden Sachen vom “Plus-Markt” für 4 Euro am Tag vorlegte . Resigniert auf gesunde Lebensmittel zu fairen Preisen zu verzichten und die Billigdiscounter zu unterstützen, ist der falsche Weg. Schon am 10.10.2010 wurde bei der bundesweiten Demo in Oldenburg “Krach schlagen statt Kohldampf schieben” die Erhöhung des Regelsatzes um 80 Euro gefordert. Das Bündnis bundesweiter Erwerbslosennetzwerke gehörte zu den UnterstützerInnen der Demo in Berlin.

Absurd billige Preise drücken auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Einzelhandel und in der Lebensmittelverarbeitung und treffen letztlich auch die Bauern; Tier- und Eierfabriken bleiben, kleine Familienbetriebe sterben. Kritische Erwerbsloseninitiativen fordern höhere Hartz IV-Regelsätze, um vernünftiges Essen kaufen zu können und damit auch den Motor für gesunde, regionale, vielseitige und stabile “Nahrungsketten” vom Stall bis zum Markt wieder anzuwerfen.

Bei der Abschlusskundgebung erklärte Campact-Geschäftsführer Felix Kolb: “Der heutige Protest zeigt: Die Bevölkerung will ein Ende der industriehörigen Landwirtschafts- und Lebensmittelpolitik. Strengere Lebensmittelkontrollen alleine reichen nicht aus. Wir brauchen eine grundlegende Wende in der Agrarpolitik. Bundesagrarministerin Ilse Aigner muss eine echte EU Agrarreform und den Ausstieg aus der Massentierhaltung voranbringen, anstatt beides zu bremsen.”

Besonderen Beifall erhielt die Rede des alternativen Nobelpreisträgers Nnimmo Bassey aus Nigeria, Vorsitzender der internationalen Umweltorganisation Friends of the Earth (Freunde der Erde). Die Auswirkungen der europäischen Agrarpolitik seien für die Entwicklungsländer verheerend, sagte er, der weltweite Protest der Zivilbevölkerung gegen Gentechnik, Agrarfabriken und Dumping-Exporte für die Ernährungssicherheit der Welt dringend notwendig.

Geplant war die Demo bereits seit Monaten anlässlich des 3. Berliner Agrarministergipfels, der am 22. Januar im Rahmen der “Grünen Woche” stattfand. Der Skandal um Dioxin in Futtermitteln bzw. Eiern, Hühner- und Schweinefleisch war also nicht Anlass, aber ein zusätzlicher Motivationsschub, nach Berlin zu kommen und der herrschenden Agrarpolitik eine Abfuhr zu erteilen. 50 Bauern waren mit dem Trecker angereist und blockierten zeitweise die Zufahrt zur “Grünen Woche”, der weltweit größten Messe für (in erster Linie industrielle) Landwirtschaft und Ernährung.

Ein Blick auf das Abschlusskommunique des Gipfels lässt jedoch daran zweifeln, dass die MinisterInnen irgendwas kapiert haben. Zwar ist unentwegt die Rede von Nachhaltigkeit, fairem Handel, regionalen Märkten oder globaler Verantwortung, doch im Kontext gelesen kann alles so weitergehen wie bisher, und klare Beschlüsse wie z.B. Abschaffung von Subventionen für industrielle Landwirtschaft sucht man vergebens.

Täglich lokal handeln

Wenn sich oben nix ändert, muss die Basis wohl die Daumenschrauben anziehen. In einem kapitalistischen System ist nichts ist stärker als die Macht der VerbraucherInnen. Aktuell erlebt der Handel mit Biolebensmitteln einen Boom sondergleichen. Nachdem die Deutschen (die weltweit am wenigsten ihres Einkommens für Ernährung ausgeben) jahrzehntelang trotz BSE, Schweinepest & Co alles in sich reingefressen haben, bleibt zu hoffen, dass dies erst der Anfang war. Erfahrungsgemäß hat das Verbrauchergedächtnis allerdings eine geringe Halbwertszeit. Zu schnell verblassen die Fernsehbilder von geschundenen Puten, ekliger Futtermatsche und zurückgetretenen Ministerinnen. Strukturell kann sich erst dann etwas ändern, wenn nicht nur während drei Wochen nach dem letzten Lebensmittelskandal, sondern dauerhaft anders eingekauft wird - und auch kritisch nachgefragt! Ein Kilo Schweinefleisch für 2 Euro im Laden - wie soll das gehen, wenn das Schwein, die Bäuerin, der Schlachter, die Verkäuferin vernünftig davon leben sollen? Ein Kilo Bioschwein kostet deutlich mehr - aber muss es überhaupt täglich Fleisch sein, gar ein halbes Pfund Schnitzel, das allenfalls nach überwürzter Panade schmeckt? Oder lieber seltener und weniger und dafür richtig lecker und mit gutem Gewissen gegenüber Tier, Mensch und Umwelt? Oftmals beruht “Bio ist teuer” auf reinen Vorurteilen von Leuten, die nie einen Bioladen betreten haben. Auch dort gibt es immer was im Angebot. Und auch ein guter konventionell erzeugter Käse ist teurer als der eingeschweißte Massengouda.

Saisonal, regional, biologisch, fair gehandelt - so lautet die Zauberformel. Wer sie verinnerlicht hat, wird die Supermärkte und Discounter mit fast leerem Einkaufskorb verlassen. Doch auch auf dem Wochenmarkt heißt es aufpassen: “Unsere Eier kommen direkt vom Hof” klingt toll, heißt aber erst mal gar nix. “Hof” kann irgendein landwirtschaftlicher Betrieb sein, und “direkt aus der Fabrik” würde keiner draufschreiben, selbst wenn die Hühner in “Kleingruppenhaltung” leben (das sind kleine Volieren mit etwas mehr Platz pro Huhn als in den bald ausgedienten Käfigen), und auch in Bodenhaltung kann mächtiges Gedränge ohne Tageslicht herrschen. Ebenso sind von Produzentenverbänden selbst vergebene Gütesiegel mit Vorsicht zu genießen. Aber zumindest kann man auf dem Markt direkt nachfragen und im Zweifelsfall auch den “Hof” besichtigen. ❑

ALI: Wir haben es satt!

Mehr als zwanzigtausend Bäuerinnen und Bauern, Umweltaktivisten, Milchviehhalter, Menschen, die sich für bessere Lebensmittel und Lebensbedingungen einsetzten, waren zu der Protestdemonstration gegen Massentierhaltung und Zerstörung der Natur nach Berlin gefahren.

Aber auch die Arbeitsloseninitiativen aus dem Weser-Ems-Gebiet, also auch aus Friesland und Wilhelmshaven, waren dabei. Auch sie haben es satt, dass Millionen Menschen gezwungen sind, sich und ihre Kinder mangelhaft zu ernähren. Auch sie haben es satt, dass sie abgespeist werden mit Hartz-IV Sätzen, bei denen der Anteil für Nahrungsmittel weiter gesenkt wurde. Auch sie haben es satt, jedem Pansch- und Giftskandal zum Opfer zu fallen, weil sie in die Billigregale greifen müssen.

“80 Euro mehr für Lebensmittel” war ihre Forderung, die sie mit den Verbündeten auf einem großen Transparent durch Berlin trugen.

“Dieses große Bündnis aus mehr als hundert bedeutenden Gruppen aus der Mitte der Gesellschaft macht Mut, dass die Armen nicht weiter ins Abseits gedrückt werden”, meint Werner Ahrens von der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland.

Noch nicht in Kraft

Emissionsbegrenzung bei Reedern unbeliebt

(jm) Die 'International Maritime Organisation' (IMO) soll u.a. für den Meeresschutz sorgen. Doch bis zum Jahre 2005 unterlagen die Seeschiffe keinerlei Emissionsbegrenzungen von Luftschadstoffen. Durch den permanenten Anstieg des Seeverkehrs unter Einsatz immer größerer Schiffe und stärkerer Schiffsmaschinen nahmen die Schadstoffemissionen von Schiffen auf See und in den Häfen dramatische Ausmaße an.

So werden jetzt schon im Bereich der Europäischen Union rund 30% der Schwefel- und Stickoxidemissionen von Schiffen in die Luft geblasen. (Quelle: Lattemann[1]). Wenn nicht noch mehr unternommen würde, könnte der Anteil der Seeschifffahrt an der Gesamt-Emissionsmenge von Schwefeloxiden (SOx) zwischen dem niederländischen und dem dänischen Küstenstreifen auf durchschnittlich 30-40% im Jahre 2020 steigen. Im Elbe-Wesergebiet sowie im Nordteil von Jütland würden gar 40-70% erreicht. Auch im Bereich Skagerak, Kattegatt und westliche Ostsee würde der Schiffsanteil an den SOx-Emissionen auf 30-40% steigen. Darüber hinaus emittiert die Schifffahrt sowohl krebserregende als auch äußerst klimaschädliche Rußpartikel und dazu noch Kohlendioxid (CO_2).

Die IMO stand also unter Handlungsdruck und hat im Jahre 2005 Vorschriften zur Emissionsbegrenzung für Schwefel- und Stickoxide, Rußpartikel und flüchtige organische Verbindungen festgelegt, die schrittweise bis 2020 auf allen Seeschiffen ab einer bestimmten Größe befolgt werden sollen. Des weiteren wurden die Nord- und Ostsee zu Emissionsüberwachungsgebieten (ECAs) erklärt, in denen schärfere Grenzwerte als in den anderen Meeresgebieten eingehalten werden sollen. Hier dürfen Seeschiffe ab 2015 nur noch Treibstoff mit einem Schwefelgehalt von 0,1% einsetzen. Bis dahin dürfen Schiffe auf den küstennahen Routen in der Nord- und Ostsee noch Kraftstoffe mit 1,5%igem Schwefelgehalt verfeuern. Zum Vergleich: Im Treibstoff für PKW und LKW ist nur noch 0,001% Schwefel enthalten. Trotzdem geht der Verband Deutscher Reeder (VDR) gegen die noch immer ein Hundertfaches über dem Schwefelgrenzwert für KFZ-Treibstoffe liegenden Grenzwerte für Seeschiffe auf die Barrikaden: *"Studie belegt: Neue Schwefelgrenzwerte schaden dem Seetransport"*, fasste die VerkehrsRundschau die Ansicht des VDR in einer Schlagzeile zusammen (15.11.10). Auftraggeber der Studie war der VDR.

Die Reederlobby rechnet sich damit wohl aus, dass längst nicht alles so heiß gegessen wird, wie es gekocht wird. Und wenn die IMO nicht mehr umzustimmen ist, dann wendet man sich an die Regierungen, die das Ganze ja zu überwachen haben. Und da gibt es einige Möglichkeiten, internationale Übereinkommen zu unterlaufen.

Schlampiger Umgang

So ist z.B. seit dem 01.01.2010 die EU-Richtlinie 2005/33/EG in Kraft. Es handelt sich dabei um die Verwendung von Treibstoffen mit maximal 0,1% Schwefelanteil der in EU-Häfen liegenden Schiffe. Sie muss allerdings von den EU-Hafenstaaten auch umgesetzt werden. Das ist in Niedersachsen bis heute nicht geschehen:

Zunächst vertrat man gegenüber der *'Gemeinschaft regionaler Natur- und Umweltschutzvereine - Wilhelmshaven und Umzu'* (GNU) die Auffassung, dass diese Richtlinie erst zum 01.01.2011 umgesetzt zu werden braucht. Nach Einschaltung der EU-Kommission musste man den Irrtum zugeben und hat es bis zum 04.08.10 immerhin geschafft, den Entwurf einer *"Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 2005/33/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2005 zur Änderung der Richtlinie 1999/32/EG hinsichtlich des Schwefelgehalts von Schiffskraftstoffen"* zu verfassen. Doch in Kraft ist die Verordnung immer noch nicht. Auf Anfrage des *'Landesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e.V.' (LBU)* beim federführenden Nds. Wirtschaftministerium wurde am 26.01.11 von dort mitgeteilt, die *"... angesprochene Verordnung ist noch nicht in Kraft, wird voraussichtlich jedoch innerhalb der nächsten 2 Wochen im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Niedersachsen veröffentlicht."*

Falls der Entwurf buchstabengetreu in Kraft gesetzt werden sollte, dann ist für die Überwachung nicht die täglich auf den Schiffen mit Kontrollaufgaben befasste Wasserschutzpolizei zuständig, sondern die ortsferne Gewerbeaufsicht, der darüber hinaus erst noch 'Seebeine' wachsen müssten. Die werden zudem bestimmt nicht jedes Schiff überprüfen (können). Und wenn sie mal einen erwischen, dann fiele das dann fällige Bußgeld so dürftig aus, dass es der Kapitän es schlankweg aus der Portokasse begleichen kann ...

Unbeliebt macht sich die Nds. Landesregierung bei ihrem schlampigen Umgang mit der Richtlinie 2005/33/EG bei der Reeder- und Hafenlobby sicherlich nicht. ❑

[1]) Entnommen dem Vortrag, den Frau Sabine Lattemann vom Umweltbundesamt auf der Fachtagung *Gefahr - Schiffsemissionen – Bestandsaufnahme und Reduzierungspotenziale von Abgasemissionen in der Hochseeschifffahrt* am 24.01.11 in Hamburg gehalten hat. Getragen wurde die Veranstaltung vom Naturschutzbund (NABU), dem BUND, der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und dem Verkehrsclub Deutschland (VCD).

ROCK FISCH
MUSIKKNEIPE IM SÜDEN DER STADT
Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

Anzeige

WWW.BASU-WHV.DE AUF DEM BÜRGER - PORTAL WILHELMSHAVEN:
WWW.BUERGER-WHV.DE: 24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT

DAS NÄCHSTE STREITOBJEKT GAMMELT VOR SICH HIN, DIE EHEMALIGE GRUNDSCHULE NEUENDE - HISTORISCH WERTVOLL - UND IMMER DIE GLEICHE AUSREDE: KEIN GELD!

Es geht auf die nächste Kommunalwahl zu ... und es scheint, als würde das „politische Establishment" der vergangenen Jahrzehnte versuchen, die Wilhelmshavener in der üblichen Manier „weichzukochen". Allerdings hat sich vieles verändert - trotzdem versucht man sich über den nächsten Wahl-Termin hinwegzuschleppen, als würden die BürgerInnen noch so funktionieren, wie in der Vergangenheit. Obwohl die ungeklärten Fäkalien immer noch temporär in den Jadebusen strömen, das Gelände der ehemaligen Prince-Rupert-School immer noch hochkontaminiert ist, die Restaurierung der Kaiser-Wilhelm-Brücke vor noch größeren Schwierigkeiten steht und man Atomtransporten über Wilhelmshaven laut Kultur- und Umweltdezernent Dr. Jens Graul hilflos gegenübersteht, was sich in anderen Hafenstädten ganz anders darstellt *[... und das waren nur einige Beispiele]* soll unterm Strich ´mal wieder alles „in Butter" sein. Wieder schmiedet man hochtrabende Pläne, engagiert fragwürdige Institute und Werbestrategen, genau so, wie in den vergangenen Dekaden, dabei haben sich teilweise nur die Namen verändert. Es ist aufällig, dass einige städtische VertreterInnen noch immer glauben, verzweifelte unwissende BürgerInnen abermals an der Nase herumführen zu können. **AM 11. SEPTEMBER 2011 KÖNNEN SIE DAS ENDLICH ÄNDERN!**

BASU
FREIE LISTE FÜR WILHELMSHAVEN
BILDUNG | ARBEIT
SOZIALES | UMWELT
WWW.BASU-WHV.DE

foto.hufenbach
©GRUPPO635.COM

BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 2. U. 4. MONTAG | RUSCHEREI | 19.30 UHR!

Jeden Silvester habe ich nur EINEN guten Vorsatz: Diesmal gehe ich NICHT zum Neujahrsempfang im Rathaus. Die Reden kannste auch nachher lesen. Und dann falle ich doch wieder drauf rein und gehe hin. Vielleicht geschieht ja ein Wunder und jemand sagt doch irgendwas Neues, Zukunftsweisendes, Erhellendes abseits ausgetretener Pfade.

Auf der Rednerliste steht immer der Oberbürgermeister sowie ein hochrangiger Vertreter von Marine, (Hafen-) Wirtschaft oder Großindustrie. Dieses Jahr ist es Herr Scholz von der GDF Suez, die gerade ein Kohlekraftwerk im Rüstersieler Groden baut. Deswegen kommen auch die Ratsvertreter der GRÜNEN nicht zum Neujahrsempfang: Wegen der Kohlekraftwerke ist der grüne Bürgermeister Werner Biehl ja zurückgetreten.

"So einen doch nicht!", haben Radio Abonga, LAW und das Epizentrum ihr Flugblatt überschrieben, das zum Neujahrsempfang vor dem Rathaus verteilt wird. Nach Inbetriebnahme wird das GDF-Kraftwerk tonnenweise CO2 und andere Schadgase, giftige Schwermetalle und Stäube in Luft und Wasser verteilen; das Kühlwasser wird den Jadebusen erwärmen, zu Lasten der heimischen Tier- und Pflanzenwelt; hinzu kommen Tonnen toter und verletzter Fische durch Entnahme und Wiederabgabe von Kühlwasser.

Nun ist das nicht Herrn Scholz persönlich anzulasten: Er ist ein nicht ganz kleines, aber austauschbares Rädchen im Getriebe der Industriegesellschaft, in der Gewinnmaximierung der Konzerne mehr zählt als die Lebensqualität durch gesunde Umwelt für alle Menschen. So lange Politik und Behörden solche Dreckschleudern zulassen, werden sie gebaut; und so lange die Scholzens dieser Welt eingeladen werden, auf öffentlichen Veranstaltungen kostenlos Firmenmarketing und Imagepolitur zu betreiben, werden sie gern kommen.

Aber die Frage an die Organisatoren, warum fast immer nur Vertreter der oberen Zehntausend auf dem Neujahrsempfang reden dürfen, ist berechtigt. "Haben wir zu Neujahr keine andere Person aus Handwerk, Politik, Wirtschaft und Kultur, die am Wohlergehen der Stadt Wilhelmshaven interessiert ist und eine Neujahrsrede halten könnte? Auch ein Hartz 4 Empfänger hätte uns wahrscheinlich Wichtigeres zu sagen, als Herr Scholz heute", so die Verfasser des Flugblattes.

Kämen die Schwächeren unserer Stadt zu Wort, oder die, die sich um sie kümmern, wäre das Interesse der "normalen" BürgerInnen am Neujahrsempfang wohl größer. Aber so bleiben Schlips und Kragen unter sich.

Menzelsche Logik

Auf die Absage der GRÜNEN reagierte OB Menzel persönlich: Biehl sei ja ein großer Finnland-Fan. Dort setze man aber intensiv auf Kohle- und Atomenergie, und das sei doch ein Widerspruch zu Biehls Haltung. Häh? Was Biehl toll findet, ist das finnische Bildungssystem, aber deshalb doch nicht gleich den ganzen Rest. Ich finde z. B. die Nationalparks in den USA toll, verabscheue aber trotzdem die Todesstrafe.

Konvent-ionell

Neu ist am diesjährigen Empfang nur, dass er jetzt "Neujahrs**konvent**" heißt. OB Menzel beginnt seine Rede mit einem GDF-Werbeblock: Eine "neutrale Institution" habe festgestellt, dass die EU-Klimaschutzziele nur mit fossilen Kraftwerken zu erreichen seien, also wenn man alte gegen neue mit einem Wirkungsgrad von über 45% Wirkungsgrad austauscht. Das GDF-Kohlekraftwerk in Wilhelmshaven soll 46% erreichen (54% der Kohle verbrennen also zweckfrei) und kann, wie Menzel betont, mit einer Anlage zur Abscheidung von CO2 nachgerüstet werden. Das verflüssigte Schadgas soll dann ja unterirdisch verstaut werden. Wie toll das klappt, war gerade aus einem kanadisch-amerikanischen Pilotprojekt zu hören: Durch tote Tiere an plötzlich blubbernden Gewässern kam man drauf, dass das Zeugs leider ungefragt wieder an die Oberfläche kommt.

Pleiten, Pech und Pannen kann Menzel natürlich nicht verschweigen, aber wichtig ist dabei immer, dass ER / die Stadt nicht schuld daran ist. Mit Stilllegung der Raffinerie im Voslapper Groden stehen Hunderte Arbeitsplätze auf dem Spiel. Menzel erhebt den Zeigefinger gen Houston (grobe Richtung: westwärts) und fordert "von den Verantwortlichen bei Conoco Philipps", sich darum zu kümmern, dass es weitergeht.

Hach, es ist immer dasselbe: Wenn sich ein Industriebetrieb hier ansiedeln will, kommen deren "OB-Hunter" wohlerzogen ins Rathaus, beteuern ewige persönliche Freundschaft ganz speziell zu Wilhelmshaven, kriegen dann ruckzuck alle gewünschten Flächen und erforderlichen Genehmigungen und los geht's. So lange es gut läuft, fühlen sich unsere kommunalen Spitzen voll verantwortlich für den Erfolg. Doch wehe, eine globale oder sektorale Wirtschaftskrise zieht herauf - dann setzt allgemeine Amnesie ein: Wilhelmshaven? What? Where? Never ever heard of it! Und im Rathaus will auch keiner schuld gewesen sein. Obwohl man inzwischen wissen sollte: Großindustrie ist immer Poker. Man opfert einerseits Qualitäten der Stadt (gesunde Natur, attraktiv für Tourismus), kriegt dafür mehrere hundert Arbeitsplätze auf einmal - aber wenn der Laden dicht macht, sind die auch auf einen Rutsch flöten. Monostruktur eben. Global betrachtet ist das scheißegal (aus Sicht des Konzerns), lokal hingegen höchst fatal. Das ist wie in der Landwirtschaft: Wer ausschließlich auf industrielle Hühnermast setzt, hat jetzt durch den Dioxinskandal die Arschkarte. Wer hingegen einen vielfältig strukturierten Betrieb hat, kriegt eine weiche Landung hin.

Ebi & Angie

Nächstes Thema, wie seit gefühlten 100 Jahren, der JadeWeserPort, laut Menzel die derzeit "bedeutendste Investition" und "große Chance" ganz Deutschlands. Soso. Wirklich? Aktuell laufen Antragsverfahren zur Vertiefung von Weser und Elbe auf 14,5 m Tiefe. Statt unter allen deutschen Seehäfen endlich ein abgestimmtes, ökonomisch und ökologisch sinnvolles Konzept zu entwickeln, macht man sich, mit staatlicher und EU-Unterstützung, weiter Konkurrenz. Das wäre ja mal ein Thema für die internationale maritime Konferenz, die Ende Mai in Wilhelmshaven abgehalten wird. Dafür will Menzel die Innenstadt ordentlich aufbrezeln. Vor dem geistigen Auge sieht man schon Menzel & Merkel einträchtig im Bus auf Sightseeing-Tour entlang Potemkinscher Dörfer in der City. Oh menno! Die Teilnehmer der Konferenz sollen sich bitte mit Fachfragen beschäftigen, für Tralala ist echt keine Zeit.

Viel Aufmerksamkeit für das W'havener Containerterminal verspricht sich Menzel von der Teilnahme an der "Asian Roadshow". Naja, ist zumindest etwas Abwechslung für die Mitreisenden aus WHV.

Zum Standardrepertoire des OB gehört auch das Abkanzeln kritischer Bürger/innen. "Dagegensein aus Prinzip ist populär", schimpfte er, zitiert natürlich auch das Wort des Jahres "Wutbürger" und beklagt deren "mangelnden Respekt vor der Mehrheit". Ich halte dem - natürlich aus Prinzip - entgegen: Hätten Einzelne oder (vermeintliche) Minderheiten in der Geschichte immer aus Respekt vor der (vermeintlichen / schweigenden) Mehrheit die Klappe gehalten, dann gäbe es z. B. bis heute keine Gleichberechtigung für Frauen, Homosexuelle, Menschen mit Behinderungen usw.

Zum Abschluss gab es noch einen klassischen Menzel aus der Kategorie "peinliche Selbstdarstellung". Es gäbe ja Gerüchte, so der OB, über seinen Wegzug aus Wilhelmshaven nach Ende seiner Amtszeit im Herbst. "Lasst fahren alle Hoffnung dahin", er, Menzel, werde in WHV bleiben. Spätestens jetzt war klar, dass dieser Konvent allenfalls Stammtischniveau hat. Wen bitte, außer seinen Freunden, interessiert ernsthaft, wo die Eheleute Menzel mal wohnen werden? Als Rentner hat Menzel dann jedenfalls richtig Zeit zum Lesen, z. B. eine kritische Biografie über Henry Ford, den er danach vermutlich nicht mehr dauernd zitieren würde.

Warum bin ich nicht spätestens an diesem Punkt gegangen?
Auftritt GDF-Scholz. Schon 2005 habe der Konzern in seiner Standort-Auswahlliste "Wilhelmshaven dick unterstrichen", und das habe "mit dem Hausherrn zu tun". Sag ich doch: Der zeigt sich von seiner besten Seite, sobald ein Großinvestor anrückt, s. o. Warten wir mal ab, wenn der Energiemarkt zusammenbricht, die Kohle plötzlich teuer wird oder sonstwas den Konzern zu grundlegenden Entscheidungen zwingt, wie eng dann noch die Freundschaft ist. Wenigstens kann man dann im sogenannten Partnerschaftsvertrag zwischen Stadt und GDF von 2007 nachlesen, wie schön es mal war.
Scholz sprach vom "Energiehunger", der global zukünftig noch wachsen wird. Da hat er leider Recht: Vom Energiesparen redet kaum noch jemand, wäre ja auch blöd für die Konzerne, die kräftig dran verdienen.
Man müsse den Menschen die Wahrheit über die Kosten sagen, so Scholz weiter. Für Strom aus Kohlekraftwerken würden die Verbraucher nur den Marktpreis zahlen, während erneuerbare Energien kräftig subventioniert würden, z. B. Solarenergie mit 60 Mio. Euro. Marktpreis, soso. Wie setzt sich der denn zusammen? Die Energiekonzerne zahlen im Leben nicht den echten Preis, den die Kohle kosten müsste. Angefangen von Dumpinglöhnen und gruseligen Arbeitsbedingungen in den Bergwerken weltweit, über indirekte Subventionen im Zoll- und Transportbereich, exorbitante Forschungsgelder für die "CCS-Technologie" bis zur kostenlosen Nutzung von Wasser, Boden und Luft zur Entsorgung der "Nebenprodukte" wie Schadgase, Schwermetalle oder Abwärme.
Das Kohlekraftwerk in Scholzens Zahlen: Über eine Milliarde Euro Investitionen, 1.400 Bauarbeiter, 300 Arbeitsplätze (vorwiegend Leute aus der Region), eine Fläche von 17 Fußballfeldern, 90.000 m2 Beton. (Zahlen wie CO2, Quecksilber etc. in Tonnen blieben ungenannt, wie auch über 100 Hektar Wald, die früher dort wuchsen und CO2 verdauten, wo jetzt das Kraftwerk wächst und CO2 produzieren wird).
Zumindest geht Scholz höflicher (=professioneller) mit Kritikern um: Bei ihm heißt es "kritische Stimmen", denen man "im offenen Dialog" begegne.
Einziger Sprecher der "Basis", der auch wirklich was Inhaltliches zu sagen hatte, war WRG-Betriebsratsvorsitzender Geertsema. Er fasste kurz und knapp den Sachstand zum bedrohten Raffineriestandort zusammen. Statt nur auf die Konzernspitze zu schielen, haben die Beschäftigten ein eigenes Konzept zum Fortbestand entwickelt (*das einige Tage später von der Conoco-Zentrale abgelehnt wurde - red.*) Sein Beitrag war okay. Aber der Rest … Ich schwöre: Nächstes Jahr gehe ich da nicht wieder hin!! Obwohl: Da gibt's ja einen neuen OB - vielleicht hat der wirklich was zu sagen? …

Grünes Kontrastprogramm

Wo ich nächstes Jahr auf jeden Fall wieder hingehe, ist der Neujahrsempfang im Botanischen Garten. Nicht, weil dort auch der grüne Bürgermeisterkandidat Michael van den Berg auftauchte. Sondern weil das ein richtig schöner Empfang ist. Kein stickiger Saal, sondern frische Luft. Keine Schlipse, sondern robuste Outdoorklamotten prägen das Bild. Keine Selbstdarstellung der Ewigselben, sondern ein sachlicher, aber lockerer Rückblick aufs vergangene Jahr und ein ebensolcher Ausblick aufs kommende. Zur Sprache und zu Wort kommen die, die an der Basis viel Kleines bewegen, mit großer Wirkung. So folgten letztes Jahr die Hälfte aller hiesigen Schüler/innen der Einladung zu einem Besuch im Botanischen Garten! Es gab 2010 und gibt wieder 2011 viele Aktionen, Vorträge, Feste … Hernach entwickelten sich bei Heißgetränken und selbstgemachten Kräuterschnäpsen anregende Gespräche. Wir können stolz sein auf den Botanischen Garten, der kleinste Deutschlands und trotzdem großartig, der ohne dicke Subventionen durch das Engagement Vieler lebt. (iz) ❑

1. Bezirk
Südstadt-Ost
BAVARIA KRUG
Betreutes Trinken seit 1913!

Lob fürs Nichtstun

(jm) Nachdem die Bundesregierung die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängert hat, stellen sich immer mehr Bürger in deutschen Landen gegen Atomtransporte quer. In einigen Ländern und mehreren Kommunen hat die Politik auf den Druck der Öffentlichkeit mehr oder weniger energisch reagiert. Die beschlossenen Maßnahmen erstrecken sich von einem Umschlagverbot von Atommüll in der Emder Hafenordnung über Vereinbarungen mit Hafenbetriebsgesellschaften, keine nuklearen Brennelemente umzuschlagen, bis zum Wilhelmshavener Ratsbeschluss vom 21.09.1988 " … gegen den Transport von radioaktiven Materialien inklusive deren Umschlag in allen Hafenbereichen Wilhelmshavens". Nun hat es der hiesige Rat jedoch Schwarz auf Weiß, dass die Landesregierung den Beschluss lediglich als politischen Appell bzw. als Resolution − also als rechtlich unwirksam - verstanden wissen will. Trotzdem hat der Rat der Stadt am 19. Januar mehrheitlich bekräftigt, es bei diesem Ratsbeschluss zu belassen und den Antrag der Gruppe BASU-Tholen - die Teilentwidmung der Wilhelmshavener Häfen für hochradioaktiven Atommüll, Brennelemente und andere hochradioaktive Stoffe gemeinsam mit dem Land zu prüfen und vorzunehmen - abgelehnt. Und dies, obwohl der Rat die Stadtverwaltung in o.a. Ratsbeschluss zudem damit beauftragt hatte, alle rechtlichen Schritte zu unternehmen, die geeignet seien, den Atomtransport und -umschlag in Wilhelmshaven zu verhindern. Doch den Rat stört es bis heute nicht, dass ihm die Verwaltung bislang nichts über die rechtlichen Möglichkeiten vorgelegt hat, die den Atomumschlag in Wilhelmshaven be- bzw. verhindern könnten. Im Gegenteil: Statt dem BASU-Antrag zuzustimmen und damit das Heft selber in die Hand zu nehmen, wurde die Verwaltung aus dem Rat heraus für ihr Nichtstun auch noch gelobt − schließlich habe sie Wichtigeres zu tun gehabt! Dabei hätte man lediglich bei anderen Hafenstädten abzuschreiben brauchen, z.B. bei den Emdern, die folgenden Passus in der Emder Hafenordnung durchgesetzt haben:

Besondere Hafenordnung für den Hafen Emden
Bekanntmachung der Bezirksregierung Weser-Ems vom 03.03.2000 - 208.10-30402-1 - in der Fassung 1. VO zur Änderung der BesHOEmd v. 04.04.2000. (…)
§ 11 - Atommüll und Sondermüll
Gefahrengüter, die als Atommüll oder Sondermüll einzustufen sind, dürfen in Emder Hafenbereichen weder gelagert, im Transit befördert noch umgeschlagen werden.

Zwar werden radioaktive Brennelemente, die zwischen den Atomkraftwerken und den Wiederaufbereitungsanlagen hin- und hertransportiert werden, davon nicht erfasst; aber man ist immerhin einen Schritt weiter als bei uns. Zudem könnte man sich auch mit dem Betreiber des Nordhafens 'Rhenus Midgard' mit seinen zwei RoRo-Anlagen mal an einen Tisch setzen und nachfragen, ob die Firma wirklich dazu bereit wäre, als Hafenbetreiber für den Umschlag von hochradioaktivem Atommüll bzw. plutoniumhaltigen MOx-Brennelementen in Verschiss zu geraten. Die Hafenbetreibergesellschaft Cuxport wollte dies jedenfalls nicht. Rhenus ist mit 74,9% an dieser Gesellschaft beteiligt.
Die Zeit für eine dementsprechende Übereinkunft für den Nordhafen könnte knapp werden:
"Anfang 2011 rollen MOx- Atomtransporte mit Plutonium durch Niedersachsen!
Der Atomkonzern E.ON hat bereits beantragt, im ersten Quartal (Jan.- März) 2011 16 plutoniumhaltige Mischoxid- (MOx) Brennelemente (3 LKW) aus dem Atomkomplex Sellafield in das Atomkraftwerk Grohnde zu transportieren. (…) Die 16 für das AKW Grohnde bestimmten Brennelemente enthielten insgesamt rund 400 Kilogramm Plutonium." (ausgestrahlt, 13.01.11) Der Umschlaghafen für die Brennstäbe bleibt natürlich geheim und wird nur einem kleinen - für die Sicherheit des Atomtransports zuständigen - Kreis von Eingeweihten zu einem Zeitpunkt, der für die Vorbereitung der Sicherungsmaßnahmen erforderlich ist, mitgeteilt.
Doch während man vor dem AKW Grohnde schon mal ein "Probesitzen" organisiert hat, will die SPD-Ratsfraktion erst mal abwarten: Man könne ja im Bedarfsfalle Vorschläge machen, meinte ihr Fraktionsvorsitzender Siegfried Neumann.
Na, da könnte es aber durchaus auch mal in Wilhelmshaven passieren, dass die Bürgerschaft ihren gewählten Vertretern Beine macht, wenn der erste Atomtransport plötzlich da ist.

Was ist daran neu?

Dorothee Jürgensen stellte das Projekt "Bürgerarbeit" vor

(noa) Das Jahr 2010 war das "Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung". Das Jahr 2010 stand in Deutschland jedoch für die 5-Euro-Erhöhung des Hartz IV-Satzes einerseits und der Fütterung der Banken andererseits.

Mit diesen bedenkenswerten Feststellungen eröffnete Günther Kraemmer die erste Monatsversammlung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland dieses Jahres am 11. Januar. Übrigens ist 2011 das "Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit", und dazu hat Bundespräsident Wulff in seiner Weihnachtsansprache ausgeführt, dass der Staat Geld geben kann, das aufmunternde Wort und das Schulterklopfen aber nur vom Mitmenschen geleistet werden kann. Einen anderen Blick auf die Freiwilligentätigkeit hat Prof. Christoph Butterwegge: Der Sozialstaat geht – die Ehrenamtlichkeit kommt.

In Wilhelmshaven aber kommt die Bürgerarbeit, und dazu hatte die ALI Dorothee Jürgensen vom DGB eingeladen, die bis Ende 2010 im Beirat des Job-Centers saß und durch diese Funktion mitbekommen hat, was es mit diesem Projekt, das ziemlich im Verborgenen abläuft, auf sich hat.

In vier Phasen soll die Bürgerarbeit ablaufen: Nach der "Aktivierung und Standortbestimmung", in der alle Erwerbslosen der beschriebenen Zielgruppe ein neues Profiling und eine neue Standortbestimmung erhalten sollen, um möglichst umgehend vermittelt werden zu können, kommen die "Vermittlungsaktivitäten". Erwerbslose, die als "marktnah" eingestuft werden, sollen direkt auf den 1. Arbeits- bzw. Ausbildungsmarkt vermittelt werden. Schon seit dem 1. November 2010 sind beim Job-Center zwei zusätzliche "Job-Coaches" (befristet bis zum 31.12.2012) tätig, um die Vermittlungsquote zu erhöhen. Deren Gehälter zahlt, nebenbei bemerkt, das Land Niedersachsen; von ihnen abgesehen soll das komplette Projekt mit dem Bestandspersonal passieren, also nichts kosten.

In der dritten Phase "Qualifizierung/Förderung" erhalten Arbeitslose, die nicht unmittelbar vermittelt werden können, Qualifizierungsmaßnahmen, und außerdem können sämtliche den Integrationsfachkräften zur Verfügung stehende Maßnahmen zur Verbesserung der Integrationsfähigkeit dieser Personen genutzt werden.

Doros Fragen während ihrer letzten Zeit im Beirat danach, wo in diesen Festlegungen das Neue, das Andere liegt, sind offen geblieben – nichts von dem, was hier als "neu" präsentiert wird, gab es vorher noch nicht.

In der vierten Phase findet dann die tatsächliche Bürgerarbeit statt. Von niedersachsenweit 12.488 Menschen, die "aktiviert" werden sollen, werden am Ende tatsächlich ganze 2.772 einen Job bekommen – oder jedenfalls das, was man heutzutage so "Job" nennt: Bürgerarbeit ist eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, allerdings ohne Arbeitslosenversicherung. Und das heißt: Wer damit durch ist, fällt in Hartz IV zurück, anders als damals, vor langer Zeit, als Menschen z.B. per Arbeitsbeschaffungsmaßnahme einen Anspruch auf Arbeitslosengeld erwerben konnten.

Die Bürgerarbeit ist befristet, längstens bis zu drei Jahre kann jemand durch das Projekt in Lohn und Brot kommen.

Ansonsten ist es wie bei den Ein-Euro-Stellen: Die Arbeiten müssen im öffentlichen Interesse liegen und zusätzlich sein. Vom Gesetz her kommen als Arbeitgeber Gemeinden, Städte und Kreise sowie Wohlfahrtsverbände und Vereine in Betracht; in Wilhelmshaven jedoch sollen alle geplanten Bürgerarbeitsplätze – 100 sind hier geplant - bei der Stadt angesiedelt sein. Und damit dürfte klar sein, dass die von OB Menzel in seiner Rede beim Neujahrsempfang des DGB getätigte Behauptung, Bürgerarbeit sei ein Weg in die Dauerbeschäftigung, nicht stimmt.

Das Land Niedersachsen fördert die Bürgerarbeit mit insgesamt 20 Millionen Euro, wovon auf Wilhelmshaven 655.000 Euro entfallen. Die Stadt Wilhelmshaven als Arbeitgeberin der geplanten 100 Menschen in Bürgerarbeit (zum Zeitpunkt der ALI-Versammlung waren davon erst zwischen 30 und 40 rekrutiert) will Tariflohn zahlen. Aus dem Landesgeld wird das Job-Center bei einer vollen Stelle (30 Stunden pro Woche) 1.080 Euro monatlich, bei einer Teilzeitstelle (20 Stunden-Woche) 720 Euro monatlich zahlen; die Stadt als Arbeitgeberin stockt ggf. auf Tariflohn auf.

Uwe Reese, SPD-Ratsherr, der gelegentlich die ALI-Versammlungen besucht, trug bei, dass Wilhelmshavens Sozialdezernent Jens Stoffers die 100 Bürgerarbeitsstellen unbedingt will, weil dann weniger Kosten der Unterkunft zu zahlen sind. Der Sozialhaushalt der Stadt würde entlastet; doch der Personalhaushalt würde bei jeder Stelle, bei der der Tariflohn über dem Betrag liegt, den das Job-Center beiträgt, entsprechend belastet. (Bei jeder Stelle, bei der das Landesgeld dem Tarif entspräche, blieben die Kosten beim Sozialhaushalt kleben, denn mit 1.080 bzw. 720 Euro Monatslohn kann jemand, der Angehörige mitversorgen muss, seine Miete bestimmt nicht selber voll zahlen.)

Bei den genannten Zielen der Bürgerarbeit in Wilhelmshaven gibt es auch nichts Neues, also nichts, was man bei anderen tollen neuen Projekten nicht auch schon anvisiert hat: Aktivierung vieler "Kunden" des Job-Centers, Steigerung der Integrationsquoten durch zusätzliche Vermittlungsaktivitäten, zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Integrationsfähigkeit, Erwerbslose, die nicht mittelfristig integriert werden können, sollen perspektivisch (!) mit Hilfe der Bürgerarbeit einen Arbeitsplatz finden können. Angesichts dessen, dass die Stadt Wilhelmshaven sämtliche 100 Bürgerarbeitsstellen für sich beansprucht, ist nicht nur damit zu rechnen, sondern es besteht auch die Befürchtung, dass die BA-Stellen anstelle von regulären Arbeitsplätzen eingerichtet werden. Nichts Neues also. ❑

Aus der Schule geplaudert

Peinlich
Niedersachsen ist mal wieder (fast) Schlusslicht. Und zwar bei den Betreuungsplätzen für Kinder. Sowohl bei den unter Dreijährigen als auch bei den Drei- bis Sechsjährigen liegt unser Bundesland weit abgeschlagen am Ende der Skala. Nur Bremen und Nordrhein-Westfalen halten noch weniger Krippen- und Kindergartenplätze vor.

Stur
In Niedersachsens Gymnasien fehlen von den Schülerinnen und Schülern, die als erste ihr Abitur nach 12 Schuljahren (also acht Gymnasialjahren) machen sollten, mittlerweile 18,4 %. Dieser Schwund sei **nicht** darauf zurückzuführen, dass Schülerinnen und Schüler freiwillig ein Jahr wiederholen, um dem Stress des "Turbo-Abiturs" zu entgehen, behauptet Kultusminister Althusmann stur. Nun, natürlich ist mein Bekanntenkreis nicht repräsentativ – doch von allen mir bekannten GymnasiastInnen, die beim Abi 12 nicht dabei sind, sondern Abi13 machen, hat niemand einen Auslandaufenthalt (von Althusmann u.a. genannter Grund) hinter sich, sondern sie haben einfach "geparkt".
In unserem Nachbarland Schleswig-Holstein wird das Abitur nach neun Jahren Gymnasium als Möglichkeit wieder eingeführt. Dort regiert wie bei uns eine schwarz-gelbe Koalition. Von der sollte unsere sich mal eine Scheibe abschneiden! Aber nein: "Eltern und Schüler sind das ständige Hin und Her in der Schulzeitfrage satt", sagt Althusmann, und jetzt bleibt es halt so, wie es ist, auch wenn es scheiße ist.

Flexibel
In Wilhelmshaven gibt es ihn schon, jedenfalls an der Grundschule Rheinstraße: den islamischen Religionsunterricht. Landesweit soll er 2014 eingeführt werden. Eigentlich sollte es ja schon 2012 soweit sein, doch es gibt nicht genügend passende Lehrkräfte. "Der Unterricht werde unter staatlicher Aufsicht, in deutscher Sprache und mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern stattfinden", teilt das Ministerium mit. Der Kollege, der es an der GS Rheinstraße macht, hat in der Türkei Germanistik und Turkologie statt in Deutschland Islamische Religionspädagogik studiert. Wird er dann ab 2014 wieder aufhören müssen? Im Sinne der Trennung von Kirche und Staat wie auch im Hinblick auf die Integrationsdebatte gefällt mir besser, was z.B. die IGS Wilhelmshaven im Fach Werte und Norman/Religion macht. Da lernen alle Kinder gemeinsam voneinander, was in den unterschiedlichen Religionen los ist.

Eilig
Pro Kultusminister eine Hau-Ruck-Aktion: Was die Abschaffung der OS (=Orientierungsstufe) für Busemann war, ist die Einführung der OS (=Oberschule) für Althusmann. Im März soll die "Reform" durch den Landtag, aber schon seit 1. Februar sollen die Schulen und Schulträger die entsprechenden Anträge stellen. Obwohl also noch gar keine gesetzliche Grundlage existiert, gibt es schon "Handreichungen". Bemerkenswert: Der Kollege Schulleiter der Schule am Falkenweg in Sande ist schon im Dezember vorgeprescht, und er weiß schon Details aus dem Gesetz, das es noch nicht gibt. Und ungerecht: Obwohl angekündigt ist, dass die Neugründung von Integrierten Gesamtschulen durch das kommende Schulgesetz ein wenig erleichtert werden soll, gibt es dafür keine Handreichungen.

Anette Nowak

Autonomes Leben

Das Wilhelmshavener Epi-Zentrum will Alternativen realisieren

(hk) Das Ausprobieren anderer Formen des Zusammenlebens, das Schaffen von selbstbestimmten Freiräumen, das sind einige Kennzeichen der autonomen Bewegung. In einigen Städten leisten die u.a. in der Hausbesetzerszene engagierten Autonomen einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über die Fragen der Zukunft der Städte, gleichzeitig entlarven sie das gegen die Interessen der Bevölkerung gerichtete Zusammenwirken von Behörden und Kapital.

Im letzten Gegenwind erwähnten wir im Artikel über die drohende Spaltung der Wilhelmshavener Linken auch das Wilhelmshavener Epi-Zentrum und kündigten für diese Ausgabe einen Bericht darüber an.

Das stellte sich als gar nicht so einfach dar. Wir wollten ein Gespräch mit den Initiatoren des Zentrums führen. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Stattdessen wollte das Epi-Zentrum einen Fragenkatalog von uns haben und diesen dann schriftlich beantworten. Das kam nun wieder für die Gegenwind-Redaktion nicht in Frage. Auch der Vorschlag, das Gespräch mit dem gesamten Hausplenum zu führen, war für die Redaktion nicht akzeptabel; als dann noch ein Redaktionsmitglied von einem Teilnehmer des Hausplenums wegen des Artikels über die Linke in der letzten Ausgabe beleidigt wurde, verließ dieser wortlos die Lesestube des Epi-Zentrums.

Darum können Sie hier kein Gespräch über die Möglichkeiten selbstbestimmten Lebens lesen, sondern nur das im Internet veröffentlichte Selbstverständnis des Zentrums.

Das EPIZENTRUM ist ein selbstverwalteter politischer Aktionsraum. Wir verstehen uns als emanzipatorisches, antifaschistisches, antirassistisches Projekt. Homophobie, Diskriminierung im Allgemeinen, Sexismus und Antisemitismus werden hier nicht geduldet. Auch staatliche Repressionsorgane haben keinen Zutritt. Wir stellen an uns den Anspruch, miteinander gewaltfrei umzugehen.

In diesem sozialen Freiraum, der sich dem allgemeinen Konsumverhalten entgegenstellt, könnt ihr euch kreativ einbringen. Wir führen theoretische Debatten, leisten kreativen Widerstand auf der Straße und suchen nach real-utopischen Lösungen für das Zusammenleben. In der politischen Praxis streben wir eine offene, bewegungs- und kooperationsorientierte Organisierung von unten an (radikale Basisdemokratie), in der es keine Hierarchien oder Zwangsgemeinschaften gibt.

Was wir konkret machen, welchen Themen wir uns widmen und wie wir das tun, hängt davon ab, was die direkt beteiligten Leute machen wollen. Die einzelnen Kollektive arbeiten selbstverwaltet, Angelegenheiten des Hauses werden auf dem Hausplenum geregelt. Entsprechend sind unsere Aktivitäten und Themen vielfältig.

- Ehrenamtliche Begleitung (Ämter, Behörden, Anwälte)
- alternative Beratung (vegane/vegetarische Ernährung, Sucht- und Lebensberatung)
- Kommunikation und Netzwerke
- Info- und Umsonstladen (unkommerzielle Handels- und Tauschprojekte)
- Räume für Seminare, Konferenzen, Kreativität, Kunst und Kultur
- Ökologische und antikapitalistische Projekte
- Wagenplatz und Volxküche ("anders" leben und wohnen)
- Menschlichkeit fördern, offenes Toleranz-Café

Ansonsten sind folgende Aktionen geplant: Workshops, Arbeitsgruppen, Gesprächskreise, Clownsarmee, Mensch Umwelt Natur, Gutscheinumtausch

Zur Zeit arbeitende Gruppen: Bildungsstreik, Antifabi, offenes Bürgerradio, Netzwerk gegen die Krise

Wer sich bislang hier nicht wiederfindet, sollte unser Café ohne Konsumzwang (mit Open-Stage) besuchen. Wir laden alle ein, sich am Aufbau und dem Erhalt des EPIZENTRUMS und an unseren und euren politischen, sozialen und kulturellen Aktionen zu beteiligen. ❑

leserbrief

Liebe Gegenwindler,
In eurem Artikel " Was ist links" in der Ausgabe 255 behauptet ihr, ich hätte mir "die Thesen Thilo Sarrazins zu eigen gemacht." Damit habt ihr mich zu seinem Parteigänger erklärt. Ich lege Wert auf die Feststellung, zwar viele Thesen Thilo Sarrazins für richtig, zumindest für diskussionswürdig zu halten, dennoch aber keines Menschen Parteigänger zu sein, also auch seiner nicht. Obwohl ich einmal Maoist war, kann ich inzwischen selber denken und auch querdenken.
Ich bitte euch um Veröffentlichung dieser Feststellung im nächsten Gegenwind.
Gruß
Johann Janssen

buchtipp

Jäger des verlorenen Schatzes

"Ich wusste gar nicht, wieviel Natur es in Wilhelmshaven zu entdecken gibt, die ich noch gar nicht kenne!" So oder ähnlich überrascht und begeistert reagieren viele Einheimische, die das neue Buch "Naturschätze in Wilhelmshaven" von Maria Röbbelen gelesen haben. Ein Jahr lang, durch alle Jahreszeiten hindurch, hat sich die promovierte Biologin auf eine Forschungs- und Entdeckungsreise durch unsere Stadt begeben und die "Naturschätze" gesammelt , von großen "Schatzkisten" - Voslapper Groden oder Nationalpark Wattenmeer - bis hin zu kleinen "Juwelen" - Baumdenkmale, versteckte Tümpel oder Kleinstandorte seltener Pflanzen. Unterstützt wurde die Schatzsuche durch Fachleute wie unseren Naturschutzbeauftragten Klaus Börgmann, der gern sein umfangreiches Wissen mit ihr teilte, und weitere haupt- und ehrenamtliche NaturschützerInnen.
Das Ergebnis ist keine trockene wissenschaftliche Abhandlung, sondern eine kurzweilige Lektüre für Einheimische und auch Gäste, geeignet zum Schmökern auf dem Sofa oder als Begleiter auf Rad- und Wandertouren durch die Stadt. Zahlreiche Fotos und Karten vertiefen die Einblicke und erleichtern die Orientierung. Als gebürtige Hamburgerin wirft Röbbelen vielfach einen ganz anderen, neugierigen Blick auf die Natur ihrer Wahlheimat. Scheinbar Vertrautes wird zu einer spannenden Neuentdeckung; oft Übersehens wieder in den Fokus der Wahrnehmung gerückt.
Entstanden ist das Buch übrigens aus der Auseinandersetzung zwischen Naturnutzern und Naturschützern um den JadeWeserPort. Durch den Natur- und Umweltschutz wurde der Hafen nicht verhindert. Statt weitere Ressourcen in diese Auseinandersetzung zu investieren, einigten sich die JWP-Realisierungsgesellschaft und die Schutzgemeinschaft Jade Region unter ihrem Dachverband, dem Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU, Hannover), ein Projekt zu realisieren, das in anderer Form dem Natur- und Umweltschutz vor Ort dient. Der LBU ging auf Ideensammlung, der Naturführer machte das Rennen, weil er der gestellten Anforderung in besonderer Weise gerecht wird: Nichts ist wichtiger und wirkungsvoller im Naturschutz, als die Menschen für die Natur zu begeistern und für ihre Schutzbedürftigkeit zu sensibilisieren. Deshalb baut der Naturführer auch jeweils auf dem auf, was man selbst sehen bzw. mit den Sinnen wahrnehmen kann; daraus erwächst die Neugier, es näher kennen und verstehen zu lernen. Deshalb sei dieser Stadtführer der besonderen Art nicht nur naturinteressierten Wilhelmshavener BürgerInnen und ihren Gästen empfohlen, sondern auch Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft, denen ein anderer Blickwinkel auf Bäume, Frösche und Rohrdommeln gut tun würde.
Das Buch ist im Eigenverlag erschienen und u. a. bei den Buchhandlungen Prien und Lohse-Eissing erhältlich.
Maria Röbbelen: Naturschätze in Wilhelmshaven. 212 Seiten. 12,95 Euro.

Für 4,5 Millionen Euro ließ sich die Gemeinde Wangerland kaufen. Man wollte eigentlich auf dem Klagewege erreichen, dass Hooksiel sich "Nordseebad" nennen darf. In einer solchen Qualifizierung sah das Land Niedersachsen eine Gefahr für die Industrieansiedlungen auf dem benachbarten Voslapper Groden. Nun darf Hooksiel sich nur noch "Küstenbadeort" nennen, bekommt dafür aber eine "touristische" Mole für 4,5 Millionen Euro. Diese Politik hat im Wangerland ja Tradition – schon 1978 ließ man sich das Zurückziehen der Normenkontroll-Klage gegen die Industrieansiedlungen in Wilhelmshaven 'vergolden'.

Und so passt es auch zum degradierten Badeort, dass man aus dem Künstlerhaus Hooksiel ein Muschelmuseum machen will. Im weit über die Grenzen Hooksiels hinaus bekannten Künstlerhaus soll künftig die neu erworbene Muschelsammlung Touristen anlocken. Der stellvertretende Geschäftsführer des Oldenburgischen Landschaft Jörg Michael Henneberg "bedauert, dass die Gemeinde ohne Not den Ruf des Künstlerhauses als besondere Einrichtung in den Wind schieße: Für die Unterbringung der Muscheln habe es genug andere Möglichkeiten gegeben. 'Das ist ein großer Verlust für die zeitgenössische Kunst im Oldenburger Land', so Henneberg." (NWZ 20. Januar 2011)

Wilhelmshaven endlich kabarettreif

Alle Orte, die etwas auf sich halten, haben ihre Skandale und gelangen so in die Programme der Kabarettisten. Köln hat seinen Klüngel und die U-Bahn, Stuttgart seinen Bahnhof, Frankfurt seinen Kiez usw. Und Wilhelmshaven? Hat Wilhelmshaven denn nichts? Na klar – Wilhelmshaven hat jetzt auch endlich Einzug ins Kabarett gefunden. Hier kommt Rainald Grebe. Auszug aus dem "Hongkongkonzert":

Lufthansa, Narkosetarif. Ich wach auf, mache das Fenster auf, schau aufs Meer und denke, ich bin in Wilhelmshaven. Also Hongkong und Wilhelmshaven kann man ja vergleichen. Also ich kann das – wenn das sonst keiner macht, vergleichen wir das doch mal. Also Hongkong und Wilhelmshaven, wenn man es vergleicht wird man feststellen, die Unterschiede überwiegen. Meer haben beide. Ich habe neulich gespielt in Wilhelmshaven, und zwar für die Gesellschaft für fleischfressende Pflanzen – das war auch so ein Verein. Das war gleich hinterm Deich in soner Klitsche.12 zahlende Zuschauer, war aber auch egal, war Festgage. Jedenfalls kommt der Veranstalter nachher zu mir und hat sich bei mir entschuldigt - und zwar für seine Stadt. Das ist selten. Das habe ich bis jetzt erlebt in Wuppertal und jetzt in Wilhelmshaven. Dass der Veranstalter sich für seine Stadt entschuldigt, in der er ja auch veranstalten muss. "Ja", hat er gesagt, "Herr Grebe, ich hab's ja auch nicht leicht." O-Ton jetzt! "In Wilhelmshaven, da ziehen die ganzen schlauen Leute weg, was bleibt, sind die bildungsfernen Schichten" und jetzt kommt der Satz "Wir haben hier ja auch nur den halben Einzugsbereich." Habe ich gedacht: Was meint der jetzt genau? Und der meinte das Meer. Da muss man erst einmal drauf kommen. Egal – zurück nach Hongkong...

(hk)

Ahoi!

Anzeige

Manfred Sohn beim Kreisverband Wilhelmshaven

Seit dem Landesparteitag im November hat der Landesverband Niedersachsen einen neuen Vorsitzenden: Dr. Manfred Sohn, bis zu diesem Zeitpunkt Fraktionschef im Landtag.

Am 26. Januar stellte er sich unserem Kreisverband vor mit dem Thema "Die K-Fragen: Kapitalismus und Kommunismus, Krise und Krieg und ganz irdisch: die Kommunalwahl 2011".

Es ist noch mehr Krieg und es ist noch mehr Krise zu erwarten: Die Verlängerung des Mandats in Afghanistan geht einher mit einer Verschärfung. Panterhaubitzen und Hubschrauber werden zusätzlich zum Einsatz kommen. Und statt als Antwort auf die Krise Geld von oben nach unten zu verschieben, haben die Staaten Geld von den Banken nach unten verschoben und die Staatsverschuldung gesteigert.

In den Staaten, in denen die linken Kräfte sich einig sind (Beispiel Griechenland), gibt es große Kämpfe gegen das Ansinnen, die Armen die Staatschulden zahlen zu lassen. Bei Spaltung der Linken droht der "Ausweg rechts", was momentan in Frankreich zu beobachten ist.

Die Gründung unserer Partei vor dreieinhalb Jahren hat die Linke gestärkt.."Wenn ich die Gegenseite wäre, würde mich das in höchstem Maß nervös machen", sagt Manfred Sohn, und so findet er es logisch, dass die Gegenseite alles versucht, um DIE LINKE zu zerlegen. "Man haut immer wieder auf die Spitze, um immer mehr Risse an der Basis zu erzeugen", und so macht man allerhand aus dem Porsche von Klaus Ernst (der einen Listenwert von 6.000 Euro hat) und Gesine Lötzschs Artikel "Wege zum Kommunismus" in der "jungen welt" (ein guter sozialdemokratischer Artikel).

Sohn ist optimistisch, dass das Zerlegen der LINKEN misslingen wird, und er findet die Lage der Partei "insgesamt nicht schlecht", so dass eine Verdreifachung der kommunalen Mandate bei der Kommunalwahl im September möglich sein sollte.

DIE LINKE.

Kreisverband Wilhelmshaven